

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7578.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgespaltene Spalte  
 jeils ober deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Kassenprediger: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Straße 2.

Donnerstag, den 3. November 1898.

Expedition: SW. 19, Brühl-Straße 3.

### Im Stadium der Erhebungen.

Die Stärke des agrarischen Einflusses auf die deutsche Reichsregierung wird durch den Widerstand erwiesen, den die Regierung dem allgemeinen Rufe nach Aufhebung der Grenzsperrn oder wenigstens doch nach Erleichterung der Einfuhr ausländischen Viehes entgegensetzt. Nicht nur die Konsumenten, nicht etwa nur die Fleischer und die Viehhändler stürmen in Versammlungen, in der Presse und in Petitionen an die Regierung gegen die Hindernisse einer freien Vieheinfuhr an, sondern es haben sich in jüngster Zeit sogar die Kommunalvertretungen von Großstädten im Interesse ihrer Bürgerschaft und Handelskammern mit Hinblick auf die Fabrikbevölkerung ihres Bezirks entschlossen, gegen die Fleischnoth zusammen oder einzeln die nöthigen Schritte bei den Regierungen einzuleiten. Eindrucksvoll war namentlich die Konferenz der badischen Oberbürgermeister, die am 20. Oktober in Baden-Baden stattfand, und der auch Bürgermeister Bad von Strahburg beizuohnte, die einstimmig eine Petition an die Regierung beschloß, hauptsächlich zu dem Zweck, die Schweineausfuhr aus Holland und Frankreich zu erleichtern.

Die großen bayerischen Städtevertretungen sind getrennt vorgegangen und haben hauptsächlich die Nothwendigkeit der Einfuhr italienischen und österreichischen Schlachtviehes betont. Die einzelnen Kommunalvertretungen haben dabei erst nach eingehenden Erhebungen und Untersuchungen ihre Beschlüsse gefaßt. In Nürnberg zum Beispiel war ein besonderer, aus Sachverständigen und Magistratsräthen zusammengesetzter Ausschuss ernannt worden, um die Ursachen der Fleischtheuerung festzustellen. Dieser Ausschuss, dessen Beschlüsse der Magistrat von Nürnberg akzeptierte, erblickte die Ursachen der Fleischtheuerung ausschließlich in der Grenzsperrn für ausländisches Vieh. Der Ausschuss hob namentlich auch hervor, daß weder die Zwischenhändler noch die Schlächter irgendwie eine Schuld an den hohen Fleischpreisen trügen. Die kleineren Kommunen Bayerns haben sich der Reihe nach der von der Stadt Jülich ausgegangenen Petition um Wiedereröffnung der Grenzen angeschlossen, so Hof, Bamberg, Bamberg. Letztere Stadt hat zwar heute schon die Berechtigung, italienisches und österreichisches Schlachtvieh einzuführen, aber diese Vergünstigung nützt wegen der kurzen dreitägigen Schlachtfrist den Schlächtern Bamberg's wenig. In Städten von der Größe Bamberg's, das etwa 40 000 Einwohner zählt, ist der Fleischbedarf zu gering, um einen Waggon Vieh in drei Tagen absetzen zu können. Soll die Einfuhrerlaubnis überhaupt einen Werth haben, so muß zum mindesten eine längere Frist zur Schlachtung gewährt werden.

Die Bewegung in den Städten Norddeutschlands, vor allem in Berlin, ist im „Vorwärts“ von Tag zu Tag so eingehend geschildert worden, daß wir uns damit begnügen können, auf den Städtetag hinzuweisen, auf dem die Fleischtheuerung den Hauptgegenstand der Tagesordnung bilden wird. Im Königreich Sachsen und in der Rheinpfalz findet die Agitation unter lebhaftester Theilnahme der Konsumenten statt. In Plauen sind in den Restaurationen Petitionen an den Reichstag aufgelegt, die mit massenhaften Unterschriften bedeckt werden; in sämtlichen Städten der Pfalz zirkuliren gleichfalls Petitionslisten, deren Unterzeichner ihre eifrige Hoffnung auf das Eingreifen des Reichstages sehen. Bezeichnend ist, daß diese Listen auch sehr viele Namen von Landwirthen enthalten. So enthält z. B. die Liste in der Stadt Frankenthal unter den 200 Unterzeichnern 5 Fabrikbesitzer, 26 Kaufleute, 80 Handwerksmeister, Geschäftsinhaber und andere Gewerbetreibende, 5 Rentiers, 59 königliche und städtische Beamte, 38 Arbeiter, 5 Wittwen und nicht weniger als 32 Landwirthe. Eine zweite Liste weist nicht weniger als 26 Landwirthe auf. Man sieht, daß auch in landwirtschaftlichen Kreisen selbst die theueren Fleischpreise für nichts weniger, denn für einen Vortheil gehalten werden.

Stehen nun alle diese dargelegten Verhältnisse und Konsumentengruppen sammt und sonders im Dienste der Fleischer und Viehhändler, die angeblich die Fleischnoth künstlich hervorgerufen haben? Will man weiter etwa auch die Marineverwaltung zu einem geheimen Verbündeten der Anti-Agrarier machen, weil sie unter den obwaltenden Umständen schon heute gezwungen ist, den Fleischbedarf der Kriegsmarine zum überwiegenden Theil mit amerikanischen Fleischwaaren zu decken? Sind ferner dem preussischen Landwirtschafts-Minister die Motive gleichgültig, die seinen Kollegen, den Kriegsminister, zur Zeit zur Erlaubnis nöthigen, daß auch die Landarmee zu einem Theil mit den sonst verkehrten amerikanischen Fleischwaaren versorgt wird? Liegt da immer noch nur eine künstliche Fleischpreiserhöhung vor oder leben wir in einer Zeit der Fleischnoth?

Die Regierung verharret noch immer auf ihrem Grundsatze, die Frage unberührt zu lassen, *quieta non movere!* Das heißt, es schweben zwar Verhandlungen, aber die Regierung hat sich selbst kein eigenes Urtheil über die gegenwärtig das gesammte Volk erregende Frage gebildet, sie beharrt vielmehr noch immer auf ihren agrarisch beeinflussten Ansichten. Dieser Standpunkt ging deutlich aus der Antwort hervor, die das Reichsamt des Innern dem deutschen Fleischerverbande auf seine an den Reichskanzler gefandte Petition erwiderte. Diesen Standpunkt nimmt die Regierung ein, trotzdem der preussische Landwirtschaftsminister

eine Erhebung über die Fleischpreise angeordnet hat. Aber freilich, diese angebliche Verhigungsaktion scheint überhaupt nur den einen Zweck haben zu sollen, die agrarischen Argumente zur Aufrechterhaltung der Viehsperre zu mehren und zu stärken. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat nämlich sofort, als die Thatfache dieser Erhebung in der Oeffentlichkeit bekannt wurde und zuerst als ein Entgegenkommen der Regierung begrüßt wurde, die agrarische Tendenz dieser Erhebungen betonen zu müssen geglaubt. Es dürfe aus dem Erlaß des landwirtschaftlichen Ministeriums betreffend Erhebungen über Viehmangel und Fleischnoth keine Folgerung auf eine bestimmte Stellungnahme des Ministers zu dieser Angelegenheit gezogen werden. Vielmehr bleibe es dabei, daß der Landwirtschaftsminister nach Prüfung der veterinären Verhältnisse in den Nachbarstaaten eine Wiedereröffnung der Grenzen für die Einfuhr ausländischen Viehes als nicht angängig erkannt habe. Die Verwaltungsbehörden, die mit den Erhebungen betraut werden, wissen also genau, wie sie zu arbeiten haben. Die Resultate werden daher so ausfallen, daß die Agrarier ihre Freude daran haben können.

Jedenfalls ist aber heute eines gewiß: Für die Regierung existirt eine Fleischnoth nicht. Denn was sie nicht in ihren Akten hat, das giebt's überhaupt nicht. Wenn die Sache nicht gar so ernsthaft wäre, dann möchte man über die Haltung der Regierung und die nunmehr angeordneten Erhebungen in ein herzhaftes Lachen ausbrechen. Alle Welt lebt gegenwärtig unter dem Eindruck theurer Fleischpreise: die Hausfrauen klagen tagtäglich darüber, am Viertisch bilden sie ein ständiges Thema, die Zeitungen — die sogenannte öffentliche Meinung — sind voll davon, Fabrikanten- und Arbeiterorganisationen, Handelskammern und die Verwaltungen aller großen Städte fühlen sich gedrungen, Schritte zur Beseitigung der Fleischnoth zu unternehmen. All das ist in den Augen der Regierung und der Agrarier künstliche Noth. Alle diese Symptome und Folgeerscheinungen der Fleischnoth haben nicht den mindesten Werth, so lange nicht die Erhebungen der Regierung angestellt sind und bearbeitet vorliegen.

Aber nicht genug! Die Bearbeiter dieser Erhebungen sind agrarisch instruiert, sie werden am grünen Tische Resultate herausrechnen, die womöglich einen Fleischüberfluß konstatiren. Was dann? Dann wird die Regierung erst recht mit der Wirklichkeit in Konflikt kommen und unentwegt auf die Ergebnisse der am grünen Tisch entstandenen Erhebungen schandern. Bei dieser Sachlage erkennt das Volk den hohen Werth seiner Volksvertretung. Im Reichstage kommt allein wenigstens bis zu einem gewissen Grade seine Stimmung und Meinung zum Ausdruck. Auch in der Fleischfrage wird es erst des Eingreifens des Reichstages bedürfen, um der Regierung einen wirksamen Anstoß zur Beseitigung der Fleischnoth zu versehen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. November.

**Zur Anarchisten-Konferenz.** Unser schweizerischer Parteigenosse Otto Lang, Bezirksrichter in Zürich, hat soeben unter dem Titel „Gegen die politische Polizei“ eine Broschüre veröffentlicht, welche die Geschichte der schweizerischen Bundesanwaltschaft sowie der politischen Polizei und ihrer Thätigkeit ebenso eingehend wie interessant behandelt. Bekanntlich haben die Vorgänge vom Jahre 1888, die Entlassung der Polizeispiegel Haupt und Schröder, welche den Buitkammer, Bismarck und Konsorten ihre sauberen Pläne für Verschärfung des Sozialistengesetzes durch Expatrirung verbarben, die Veranlassung zu schamlosen Dehnerien der offiziellen Säubriten gegen die Schweiz und zu Reklamationen Bismarck's beim Bundesrath in Bern gegeben, welche sodann die Schaffung der eidgenössischen politischen Polizei zur Folge hatten. Die ein halbes Jahr später erfolgte Entlassung des famosen Wohlgenuth war wieder die Veranlassung zur Schaffung der Bundesanwaltschaft. Die deutsche Regierung war mit diesen Maßnahmen der Schweiz sehr zufrieden. Bismarck drückte dem Bundesrath in einer Note seine Genugthuung darüber aus, daß die Schweiz sich bereit erklärte, in Zukunft selber die in der Schweiz wohnenden deutschen Sozialdemokraten zu überwachen. Lang zeigt dann, was aus der politischen Polizei und der Bundesanwaltschaft im Laufe ihres zehnjährigen Bestandes geworden ist, was sie geleistet hat, was sie kostete (248 734 Mk.) und welche Wirkung sie hatte; mehrere amtliche Schriftstücke, die mitgetheilt werden, zeigen, daß die Wirksamkeit der politischen Polizei in der Schweiz ungefähr ebenso genial, gewissenhaft und gründlich ist, wie diejenige ihrer Kolleginnen in anderen Ländern.

Am Schlusse der Schrift wird die von den italienischen Regierungs-Anarchisten einberufene internationale Anarchistenkonferenz besprochen. Sehr treffend wird die Bereitwilligkeit aller Regierungen, an dieser Konferenz theilzunehmen, in Vergleich gesetzt zum Verhalten derselben Regierungen gegenüber der Einladung des schweizerischen Bundesrathes zur Theilnahme an einer internationalen Arbeiterschuh-Konferenz. Die deutsche Regierung erklärte: „Sie erachte es nicht für thunlich, die gesetzliche Regelung dieser Materie zu vinkuliren (festzulegen)“. Oesterreich's Vers lautete: „Ein Erfolg lasse sich angesichts der Eigenart der einzelnen Staaten um

so weniger erhoffen, als auf diesem Gebiete keine Regierung sich die Freiheit ihrer Aktion beschränken lassen könne.“ Denselben trockenen Bescheid gab England: „Die Arbeitsbedingungen in den einzelnen Ländern seien so verschieden, daß ein befriedigendes internationales Uebereinkommen in der Arbeiterschuh-Gesetzgebung nicht ausführbar erscheine.“ Dagegen fand die Lösung: „Polizisten aller Länder, vereinigt Euch!“ willigere Ohren. Lang kritisiert sodann die Theilnahme der Schweiz an der internationalen Anarchisten-Konferenz und meint, sie hätte die Theilnahme mit ähnlicher Begründung ablehnen sollen, mit welcher die fremden Regierungen die Einladung zur Arbeiterschuh-Konferenz abgelehnt hatten.

Wenn aber die Schweiz nach Rom einen Vertreter schickt und derselbe keine staubige Bureaukratenseele, sonder ein braver Schweizer ist, dem die Ehre der Demokratie am Herzen liegt und der die historische Mission der schweizerischen Republik darin erblickt, daß trotz der sich schärfenden Klassenengegenseite und trotz der heftiger und heftiger entbrennenden wirtschaftlichen Kämpfe unser demokratisches Ideal hoch gehalten werde, so wird er am Kongreß nur theilnehmen können, um sich etwa in folgendem Sinne auszusprechen:

„Die schweizerische Regierung ist nicht in der Lage, an Ihren Arbeiten sich zu betheiligen. Wir haben es leider selber erfahren müssen, daß fremde Regierungen für theures Geld verkommene gewissenlose Menschen als Kospiegel anstellen, deren Aufgabe darin besteht, Arbeiter zu anarchischen Verbrechen aufzureizen. Bei einem Polizeispiegel, dessen Thätigkeit in Preußen mit einem monatlichen Gehalt von 250 M. belohnt wurde, fand man eine Kiste Dynamit. Die Gerichte des nämlichen Staates haben zahlreiche Arbeiter deshalb zu schweren Justizhausstrafen verurtheilt, weil sie die „Freiheit“, das anarchische Organ, verbreiteten. Aber den Druß eben dieser „Freiheit“ haben preussische Spiegel besorgt, die Kosten des Druckes sind aus preussischen Fonds bezahlt worden und die blutrünstigsten Artikel der „Freiheit“ stammten aus der Feder des preussischen Spiegels Wichmann. Unter solchen Umständen ist die Schweiz nur dann in der Lage, Abmachungen zur Belämpfung des Anarchismus zu treffen, wenn den Verhandlungen nicht das von der italienischen Regierung entworfene Disziplinsprogramm zu Grunde gelegt wird, sondern die Verabreichung sich beschränkt auf folgende Vorschläge, die einzig und allein im Kampfe gegen den Anarchismus sich wirksam erweisen: 1. In allen Ländern wird die politische Polizei abgeschafft. 2. Die Regierungen verpflichten sich, in Zukunft auf die Mitwirkung von Spiegeln zu verzichten und solche weder in eigenen Lande noch in den Nachbarländern zu verwenden. 3. Die Regierungen verpflichten sich ferner, alle Bestimmungen, welche das Vereinsrecht und die Pressefreiheit einengen, aufzuheben, in ihren Verfassungen das Vereins- und Versammlungsgesetz zu garantiren. 4. Endlich verpflichten sich die Regierungen, für die Wahlen der Volksvertretungen kein anderes Wahlstimmrecht zur Anwendung zu bringen, als dasjenige des allgemeinen geheimen und direkten Wahlrechts.“

Es ist den vertretenen Regierungen mit der Belämpfung des Anarchismus ernst und verfolgen sie nicht die Nebenabsicht, unter dem Schein der Belämpfung des Anarchismus jede freiheitliche Bewegung der Arbeiterschuh zu unterdrücken, so können und dürfen sie keinen anderen Weg einschlagen, als den, welchen die schweizerische Regierung ihnen hier zeigt. Es war ein Mitglied des jetzigen Bundesrathes (Müller), das im Jahre 1885 nach einer sehr gründlichen Anarchisten-Untersuchung zu der Erkenntnis kam: „Das wirksamste Mittel zur Belämpfung des Anarchismus besteht in der möglichst weitestgehenden Erfüllung der berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes.“ Die schweizerische Regierung wird sich nie entschließen, einen anderen Standpunkt einzunehmen, als er in diesen Worten niedergelegt ist.“

Wahrscheinlich wird aber die Instruktion, mit welcher der Bundesrath seinen Delegirten ausstattet, anders lauten. Die Anarchistenkonferenz wird eine Polizeikonferenz sein und gegen den gewaltthätigen Anarchismus nicht das geringste ausrichten.

**Zur Invaliditäts- und Altersversicherungs-Novelle.** Daß die mit Altersrenten überlasteten Versicherungsanstalten mit der Zeit durch eine verhältnismäßig leichtere Invalidenlast erschädigt werden würden, war erst neulich wieder behauptet worden; wir hatten jedoch sofort unsere Zweifel daran geäußert.

Bekanntlich werden diese Zweifel durch eine solchen veröffentlichten Statistik, wonach mit den höheren Altersklassen die Invaliditätswahrscheinlichkeit rasch steigt. Der Schluß ist daher auch ganz unabweisbar, daß die Bezirke mit starker Abwanderung der jungen Leute und darum mit starkem Ueberschusse der höheren Altersgruppen auch in den entstehenden Invaliden zahlen besonders stark in Anspruch genommen sein werden — vorausgesetzt natürlich, daß sie sich nicht durch rigorose Handhabung der Erwerbsunfähigkeitserklärung auf Kosten der Arbeiter schadlos halten.

Die Statistik des Reichsamtes des Innern soll die thatsächlichen Erfahrungen zusammenfassen, die während des ganzen achtjährigen Bestehens des Gesetzes zu machen waren. Danach ereignen sich jährlich im Durchschnitt auf tausend Versicherte:

in den Altersjahren	Invaliditätsfälle
20 bis unter 40	1,6
40 „ „ 50	5,9
50 „ „ 60	16,8
60 „ „ 70	48,0

Hiernach beläuft sich die Belastung durch Invalidenrenten bei 1000 Versicherten im Alter von 20 bis 40 Jahren unter sonst gleichem Verhältnisse auf nur 1/10 der durch 1000 Versicherte im Alter von 60 bis unter 70 Jahren herbeigeführten Belastung. Soweit mag das Reichsamt des Innern in seiner Darlegung der heutigen Unbilligkeiten der Lastenvertheilung zwischen den durch Zuwanderung stark verzögerten und den durch Abwanderung „veralterten“ Landes- theilen im Recht sein.

Ganz unzulässig ist jedoch die Art, wie die offiziöse Presse die öffentlichen Anstalten, über deren Verwaltung selbst Agrarier schon oft geklagt haben, mit allerlei Bunt herauszulassen sucht. Der neueste



Es ist, daß die Versicherungsanstalten des Ostens eine billigere Wertaufwertung haben sollen wie viele gutsituierte industrielle Anstalten, besonders wie auch Berlin und die Hansestädte. Damit soll jeder Vorwurf der Lässigkeit gegen den Osten zurückgewiesen sein. Berechnet werden dabei die Verwaltungskosten — auf jede im Jahre 1896 bewilligte Rente. Als ob es nicht ganz selbstverständlich wäre, daß die Anstalten mit vollen Verwaltungskosten-Apparat, aber zunächst wenigen Renten im Anfang pro Rente theurer wirtschaften, und umgekehrt die Anstalten mit gleich im Anfang zahlreichen Renten pro Rente weniger Verwaltungs-Ausgaben zeigen. Wie oft hat die Regierung das früher, besonders bei der Berufsgenossenschafts-Organisation, selber ausgeführt. Und jetzt, wo es die Versicherungsanstalten der Industriebezirke gegen ganz grundlose Kritiken zu schützen gilt, sollte sie das alles vergessen haben? Was man Agrariern doch alles zu Liebe thut! —

**Die Pariser Friedensverhandlungen.** Die Forderung der Vereinigten Staaten, daß Spanien die Philippinen abtreten soll, erregt begreiflicherweise in Madrid lebhafteste Entrüstung. Die halbamtliche Madrider „Korrespondencia“ schreibt:

„Man behauptet von nordamerikanischer Seite augenblicklich das selbe Spiel wie vor Ausbruch des Krieges, indem an einem Tage Drohungen ausgesprochen werden, worauf am nächsten Tage wieder friedliche Versicherungen folgen. Augenblicklich ist daran die gegenwärtige Wahlbewegung in den Vereinigten Staaten schuld, und andererseits dürfte man in Washington zur Zeit darüber noch nicht im Klaren sein, wie weit die augenblicklichen Forderungen gehen sollen. Demgegenüber wird die Haltung Spaniens unbedingt die gleiche bleiben, indem es die beiden Forderungen: Uebernahme der kubanischen Schuld durch Nordamerika und Aufrechterhaltung der spanischen Oberhoheit über die Philippinen, unentwegt festhalten wird. Die Vereinigten Staaten mögen allerdings in der Lage sein, diesen beiden gerechten Forderungen Spaniens Gewalt entgegenzusetzen, aber sie werden eine spanische Regierung niemals zwingen können, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, welcher die offene Verhöhnung des vorläufigen Friedensprotokollens enthält.“

In Washington läßt dagegen, wie es scheint, die spanische Erregung sehr kühl. Man hat die Macht und will von ihr den höchsten Gebrauch machen. Eine Meldung des „Neueren“ Bureau aus Washington besagt:

Halbamtlich wird berichtet, Amerika habe beschlossen, daß jeder Dollar wieder eingebracht werden solle, der für den Krieg, einschließlich der gegenwärtigen und zukünftigen Pensionen, ausgegeben ist. Zur endgültigen Bilanzierung der Kriegsausgaben und des Wertes der erworbenen Besitzungen glaube man, dürfe die an Spanien noch zu zahlende Entschädigungssumme 25 bis 40 Millionen Dollars nicht übersteigen. Der Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten werde hier mit Gleichmuth entgegen gesehen, da man glaube, daß Spanien außer Stande sei, irgend welchen Schaden zuzufügen.“

### Deutsches Reich.

**Eine Gesetzesvorlage, betreffend die Erziehung des Volkes** durch den Raub und die Strafbefugnisse (§ 336 der Zivilprozess-Ordnung und § 60 der Strafprozess-Ordnung, soll, wie einige Blätter melden, in Vorbereitung sein. Derselbe soll in der bevorstehenden Tagung dem Reichstage zugehen. —

**Abgrenzung der Innungen innerhalb der Handwerkskammer-Bezirke.** Der Handelsminister hat soeben eine Verfügung erlassen, welche auf diesen bisher etwas wirren Felde Ordnung zu schaffen bestimmt ist. Bisher sind sehr häufig Innungen mit Bezirken genehmigt worden, die über die Grenzen des eigenen Regierungsbezirks, oft sogar über die Landesgrenze hinausreichten, und insoweit in die Grenzen der Handwerkskammern nicht hineinpaßten. In Zukunft sollen nun gleich die Unterbehörden dergleichen Entwürfe zurückweisen, da auf deren ministerielle Genehmigung nicht zu rechnen sei. Auf Innungen, deren Bezirk noch von früher her hiervon abweicht, sei dahin einzurufen, daß sie sich der Handwerkskammer-Bezirkseinteilung allmählich anpassen. —

**Zur Fleischnoth.** Die „Allg. Fleisch-Ztg.“ bringt den jüngst erfolgten Besuch des preussischen Landwirtschaftsministers an dem Berliner Central-Viehhofe in Zusammenhang mit einer von ihr gebrachten Notiz, wonach die Einfuhr lebender ungariischer Schweine nach Deutschland demnächst gestattet werden würde. Soviel uns bemerkt, hat der erwähnte Besuch des Landwirtschaftsministers lediglich der Befestigung der vortrefflichen Neuanlagen und Erweiterungen des Central-Viehhofes gedielt.

Die Hamburger Fleischer-Innung legte eine Petition an den Reichstag und den Bundesrat betreffend die Aufhebung oder Milderung der Sperren auf. Die Petition findet zahlreiche Unterschriften aus allen Kreisen.

**Überflüssige Blätter schreiben:** Der Verkauf von ausländischem Speck und Fett hat in den letzten Jahren einen ganz immensen Umfang erreicht. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Preussens von Kaufleuten monatlich allein mindestens 100 Zentner Fett und Speck verkauft werden, wie enorm muß erst der Verkehr von amerikanischem Fett, Speck, Fleisch etc. im gesammten Industriebezirk sein?

Eine Petition an den Reichstag um Aufhebung der Grenzsperrungen für Schlachtvieh zur Vereinfachung der Fleischvertheuerung zirkulirt gegenwärtig auch in den liegniger Fabriken. Ein gleiches Vorgehen wird, wie die „Bresl. Morgen-Ztg.“ mittheilt, auch aus anderen Städten Niederschlesiens gemeldet.

Der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes des preussischen Städtetages, Oberbürgermeister Weller in Köln, hat zu Sonntag, den 6. November, eine Vorstandssitzung im Rathhaus des Städtetages, an demselben soll über die Forderung des Städtetages auf Antrag der Stadt Berlin verhandelt werden. Zur Tagesordnung liegt der Vorschlag vor: Was hat zu geschehen, um die infolge der Grenzsperrung gegen die Vieheinfuhr eingetretene Vertheuerung des Fleisches zu beseitigen?

Das dänische Rindvieh muß des bekannten Bundesratsbeschlusses zufolge, wenn es nach 14tägiger Quarantäne auf die Tuberkuloseimpfung reagirt, binnen 24 Tagen entweder nach Dänemark zurückgebracht oder vernichtet werden. Die Maßregel ist für die dänischen Händler um so lästiger, als in vielen Fällen Vieh, das in Dänemark auf die Tuberkuloseimpfung nicht reagirt, in der deutschen Quarantäne als tuberkulös befunden wurde. Das unvermeidliche Risiko für den Händler hat denn auch, wie der „Hamb. Correspond.“ neuerdings feststellte, die Rindvieheinfuhr nach Schleswig-Holstein erheblich vermindert. Die neue Verfügung der dänischen Regierung, wonach die Wiedereinfuhr des als tuberkulös befundenen Viehes nicht mehr gestattet sein soll, würde, wenn sie sich auf die gesammte Einfuhr nach Schleswig-Holstein erstreckte, eine weitere Verminderung der Einfuhr nach sich ziehen. Ueber die Grenzschutzämter in Svinding wird nicht dänisches Schlacht-, sondern auch Vieh ausgeführt, das die Händler in Schleswig-Holstein nicht einführen können. Das Verbot der Wiedereinfuhr des tuberkulösen als tuberkulös befundenen Rindviehes scheint demnach eine Art Repressalie gegen den Bundesratsbeschluss vom 15. Februar ds. J. zu sein.

**Vorbereitung gegen Massenerkrankungen in Kasernen.** Bei verschiedenen Truppenheiten sind besonntlich in letzter Zeit zahlreiche Erkrankungsfälle, wie an Typhus, davon einige mit tödtlichem Ausgang, vorgekommen, die, wie man annimmt, meistens auf den Genuß von Nahrungsmitteln schlechterer Beschaffenheit zurückgeführt werden müssen. Jetzt hat nun das Kriegsministerium eine schärfere Ueberwachung des Nahrungsmittelverkehrs in den Kasernen angeordnet. Fortlaufend müssen demnach in den Kantinen und Messagen genaue Kontrollen und Untersuchungen der zum Gebrauch bestimmten Speisen und Getränke veranstaltet werden. Hierzu ist jedesmal ein Militärarzt in Assistenz eines Offiziers bestimmt, die ohne vorherige Anmeldung zur Vornahme der Untersuchungen erscheinen. —

**Die Feuerbestattung** soll nun auch im Großherzogthum Hessen zugelassen werden. Der zweiten Kammer ist ein entsprechender Gesetzentwurf übermittleit worden. Gegen die Gefahr, daß Spuren eines Verbrechens beseitigt werden, soll besondere Vorkehrung getroffen werden; die Amtsbehörde des Sterbeortes soll in jedem Falle bescheinigen, daß der Verdacht eines Verbrechens ausgeschlossen ist. —

**Die Aufhebung der Kirchweihfeste** dürfte nicht so schnell erfolgen, wie es sich die Fabrikanten und Arbeitgeber von Rheinland-Westfalen angedacht haben. Zunächst ist es noch sehr fraglich, wie die Kirchenbehörden sich zu der Frage stellen werden. Sie sind nicht geneigt, wir nichts für nichts an die Profitgier der Unternehmer Konzessionen zu machen, denn die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte, die von Seiten der Unternehmervereinigungen gegen die Kirchweihfeste ins Feld geführt werden, sind gar zu leicht erkennbar. Man kann es daher dem rheinischen Vereine reisender Schausteller und Vergnügungsbetriebe nicht verübeln, wenn er in einer Protestversammlung, die gegen die von uns früher schon erwähnte Kundgebung der Handelskammern und wirtschaftlichen Vereine Rheinland-Westfalens einberufen wurde, offen den Fabrikanten die heuchlerische Maske vom Gesicht riß und das Vorgehen der Kirchenbehörden weislich als einen Anschlag des Egoismus bezeichnete. Da die Fabrikanten und Arbeitgeber den Profit einzelner Arbeitstage durch die Vertheilung der Arbeiter an der Kirche einbüßen. Wie stehen dem „schrunden Volk“ durchaus unpopulär gegenüber und ermahnen uns für deren Privatinteressen so wenig, wie für das Geschäft der Fabrikanten. Aber das eine müssen wir zugehen: so gut die Fabrikanten volkswirtschaftliche Gesichtspunkte gegen die Kirchweihfeste ins Feld führen, ebenso gut können die reisenden Schausteller aus entgegengesetzten Gründen allgemein wirtschaftliche Erwägungen für die Vertheilung der vielen Festfeste beibringen. Und die Schausteller haben auch darum ganz richtig darauf hingewiesen, daß ein Ausfall der Kirchweihfeste schon allein den Eisenbahnstöck ganz erheblich schädigen würde. 528 Schausteller allein haben in einem Jahre rund eine Million Mark an die Eisenbahnen abzugeben, und es wird angenommen, daß nach bescheidenen Ansetzungen die Eisenbahn jährlich von den Schaustellern über vier Millionen Mark erhält. Einzelne dieser Unternehmer fordern jährlich etwa 35 Plätze und bezahlen nicht weniger als 42000 M. Fracht und Personenzuggebühren. Dann weisen diese Unternehmer weiter darauf hin, daß sie den einzelnen Gemeinden für Pacht und Platzgebühren erhebliche Summen jährlich bezahlen. Dergleichen sind ein nicht ganz unwesentlicher Produktionskreis und dadurch viele Arbeiter jahrelang, ja rein für diese Unternehmungen beschäftigt, so z. B. mechanische Werkstätten besonders in Plauen, Orgelfabriken, Karosselfabriken, Wagenbauer, Modelleure, Lampenfabriken etc. Sind das nicht auch volkswirtschaftliche Gesichtspunkte? Welche bessere Argumente können denn die Unternehmervereinigungen Rheinland-Westfalens gegen die Feste beibringen? Doch wir wollen die Sache nicht ins Lächerliche ziehen. Es ist überhaupt ärgerlich, hier von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sprechen. Hier handelt es sich einfach um Geschäft. Auf der einen Seite um Geschäft der Unternehmer, die ohne Feste, und der Unternehmer, die durch Feste mehr verdienen, und von diesem Gesichtspunkte aus ist allein der augenblickliche Streit zwischen den beiden Unternehmungsgruppen für uns interessant. Da machen wir denn die merkwürdige Erfahrung, daß die hochwürdigen Fabrikanten Rheinland-Westfalens sich gar nicht mit den internationalen Schaustellern auf eine Linie stellen wollen. Sie wollen etwas Besseres sein und vertreten wie ihre Kollegen vom fahrenden Handwerk. Und beide schwärmen doch gleichermaßen nur fürs Geschäft. Die Berliner Reueisen Nachrichten sind über die Kundgebung der fahrenden Schausteller so entsetzt, daß sie sich vom Rhein sogar einen Extra-Beitrag schreiben lassen, in dessen Inhalt es heißt: „Der Protest und die Entrüstung der zum Theil internationalen Schausteller und Genossen wird auf die Verbundenheit weniger Eindruck machen, als die aus reinen volkswirtschaftlichen und arbeiterfreundlichen Erwägungen hervorgegangene gemeinsame Kundgebung der Industriellen, die denn doch den wichtigeren Bestandtheil des Staates bilden, als die herumziehenden Kirchweihfeste.“ O ja, wer wollte den Fabrikanten Rheinland-Westfalens besprechen, daß sie einen sehr wichtigen, ja gewichtigen Bestandtheil des preussischen Staates bilden. Diese Wichtigkeit und Wichtigkeit der rheinisch-westfälischen Unternehmungskreise rührt doch daher, daß sie es jederzeit verstanden haben und noch verstehen, sich durch Ausbeutung und Ausbeutung der Arbeitskräfte der rheinisch-westfälischen Bevölkerung in den Besitz unermeßlichen Reichthums zu setzen. Daher die souveräne Gewichtigkeit. Solchen Gewichte gegenüber sind und bleiben die Zingelangelbesitzer freilich arme Waisenkinder und Schinder. Und dieser Gesichtspunkt spricht zu gunsten eines Eintretens für letztere, also in diesem Falle für Vertheilung der Kirchweihfeste. —

**Die Landtagswahl in Altona.** Das „Hamb. Echo“ schreibt: Das Ergebnis der Wahlmänner-Wahlen im achten Landtags-Wahlkreis ist kein solches, daß man des Endergebnis mit Sicherheit voraussagen kann. Große Nähe giebt sich der Margarinefabrikant Mohr, das Mandat zu erlangen. In seiner Empfehlung führte Mohr an, daß er für die Erhaltung des Dreiklassen-Wahlrechts eintreten will. Diese Empfehlung hat aber die notwendige Folge, daß jeder rechtlich denkende Mensch und jeder für freihandliche Entwicklung eintretende Politiker die Wahl Mohrs bekämpfen muß. Die sozialdemokratischen Wahlmänner haben sich nun geneigt, folgendes Verfahren bei der Abgeordnetenwahl, welche am Donnerstag, 3. November, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Bürgervereins, Königstraße 154, stattfindet, beobachten zu wollen. — Um zunächst die Zahl der sozialistischen Wahlmänner unabweislich feststellen zu lassen, werden dieselben im ersten Wahlgange für Rollenwahl stimmen. Es werden danach Mohr, Mollenhuth, Woldens und Fischer zur engeren Wahl kommen. In jedem folgenden Wahlgange werden unsere Genossen für Dr. Fischer (fr. Sp.) stimmen. Dieser, welcher ohne die sozialistischen Stimmen nach dem zweiten Wahlgange ausfallen würde, kommt dadurch in die zweite Stelle und schließlich mit Mohr zur entscheidenden engeren Wahl. So werden unsere Genossen beweisen, daß sie bestrebt sind, jedes weitere Vordringen der Reaktion ernsthaft zu verhindern.

**Und Opreußen** wird uns geschrieben: Ein willkürliches Mittel, sich Arbeitskräfte zu erhalten, hat der Rittergutsbesitzer Rittermeister v. Ebenau auf Ebenau im Kreise Morungen entdeckt. Vor dem Amtsgericht in Saalfeld wurden am 29. Oktober gegen diesen Willkürherrscher 15 Zivilprozesse russischer Arbeiter verhandelt wegen nicht gezahlter Arbeitslöhne. Die Leute waren angenommen, um Kartoffeln anzunehmen. Als sie die Arbeit beendigt hatten, wurde ihnen der einbehaltene Lohn — die Leute erhalten jede Woche nur so viel Geld, als sie nothdürftig brauchen, damit sie nicht vor Beendigung der Arbeit davongehen — nicht ausgezahlt. Der Gutsbesitzer verlangte einfach, sie sollten auch noch Rüben annehmen. Die Leute waren dazu einmal konträrlich nicht verpflichtet, dann war ihnen die Ausführung der verlangten Arbeit unmöglich, weil ihre Rüben abgelaufen waren, sie sich also auf die Heimreise machen mußten. Vollständig mittellos verließen die Russen das Gut. Trotzdem ihre Klage auf Auszahlung des Lohnes erst am 29. zur Verhandlung kam, fanden sich ein Theil der armen Leute, zum Theil durch Hunger erschöpft, so daß sie sich nur mühsam fortzuschleppen vermochten, schon am 28. vor dem Gerichtsgebäude in Saalfeld ein. Mitleidige Leute gaben ihnen zu essen und Geld, damit sie Brot kaufen konnten. Zwei der Arbeiter besaßen noch sieben Rubel, die sie aus Argland schon mitgebracht hatten. Nachdem ein Kaufmann dieselben erworben, konnten sie Lebensmittel einkaufen. Um die fremden Lohnknechten durch Hunger gefügig zu machen, hatte der Herr Rittermeister und Rittergutsbesitzer den Bäckermeister in Saalfeld die Aufforderung gegeben lassen, den Arbeitern kein Brot auf die den selben früher eingehändigten Lohnmarken zu verabsorgen, da er die Marken nicht mehr einlösen werde.

Der besagte Gutsbesitzer wurde in allen 16 Fällen zur Zahlung des einbehaltenen Lohnes und in die Kosten verurtheilt.

Zu einer Zeit, wo Justizstrafen denen angelündigt wird, die zum Streik ansetzen oder andere an freiwilliger Arbeit hindern, ist dieser Fall, in dem Arbeiter gezwungen werden sollten, eine Arbeit auszuführen, besonders interessant.

Wenn sich unsere ostpreussischen Agrarier nicht bald ändern, werden nicht nur die letzten heimischen Arbeiter davongehen, sondern auch die russischen Arbeiter vorziehen, dabeim zu bleiben. Mühen doch kürzlich selbst die „Hamb. Nachr.“ den Landwirthen anrathen, daß, wenn sie Arbeiter in größerer Nähe wiedergewinnen wollten, sich entschließen müßten, bezüglich der Lebenshaltung ihrer Arbeiter Opfer zu bringen. —

**Die Anweisungen dänischer Unterthanen aus Schleswig** dauern fort. Dieser Tag wurden wieder 27 Personen mit der Anweisungsbefehl bestraft und zwar wurde ihnen aufgegeben, das preussische Staatsgebiet innerhalb 24 Stunden zu verlassen. Diesmal sind nur ländliche Dienstboten davon betroffen, Personen, die politisch gar keinen Einfluß haben.

Von anderer Seite wird uns jener berichtet, daß auch der Hausdiener der Druckerei „Dannewirt“ ausgewiesen wurde. Janzen, so heißt der betreffende, ist in Nord-Schleswig seit dreißig Jahren ansässig und ist verheiratet. Ebenso wenig, wie die Schiffsbesitzer unserer Druckerei, so schreibt „Dannewirt“, die neulich ausgewiesen wurden, hat Janzen sich je politisch betheiliget. Sein ganzes Verbrechen bestand darin, daß er Däne ist. —

Außerdem wurden am Dienstag 15 dänische Knechte und Dienstmädchen, in und bei Vestro in Diensten stehend, mit 24stündiger Frist des Landes verwiesen. Weitere 17 Personen aus der Gegend hatten sich Mittwoch bei dem Amtsvorsteher von Stolentin in Tostland eingefunden, wo wahrscheinlich auch ihnen die Anweisungsbefehl zugestellt worden ist. Wie der „Voss. Hg.“ geschrieben wird, handelt es sich bei den Anweisungen, wie es scheint, in keinem Falle um eine Schuld der Ausgewiesenen, sondern es sollten ganz andere Leute, Preußen, die nach Gesetz und Recht direkt nicht zu fassen sind, getroffen werden. In der vergangenen Woche sind im ganzen 22 Anweisungen erfolgt.

Diese Politik ist in der That recht wenig geeignet, dem Deutschtum Sympathien zu erwerben. Aber vielleicht beabsichtigt man einen solchen Effekt auch gornicht, sonst hätte man wohl nicht den ehemaligen Polizeiminister nach jener Provinz geschickt.

**Aus Kiel** wird uns vom 1. November geschrieben: Auf der kaiserlichen Werft ist heute ein Arbeiter wegen „sozialdemokratischer Agitation“ entlassen worden. Der betreffende Arbeiter ist offensichtlich nie hervorgetreten, war nur Mitglied des sozialdemokratischen Vereins in Kiel. Wenn die kaiserliche Werft alle sozialdemokratisch gestimmten Arbeiter entlassen wollte, dann würden der Verwaltung wohl bald nicht mehr viel übrig bleiben. Durch derartige Maßnahmen wird man die Arbeiter nur mit Groll erfüllen und sie zur Heuchelei treiben. — Ferner ist dieser Tage in der Werft eine Verordnung angeschlagen, die ebenfalls geeignet ist, die Arbeiter zu verlegen. Diese Verordnung handelt von den Maßnahmen bei Diebstählen. Es heißt da, daß der Beamte dafür zu sorgen habe, daß der Dieb bis zum Eintreffen des Schutzmannes „von den übrigen Arbeitern“ getrennt gehalten und überwacht wird.

Nun denn der Dieb unbedingt ein Arbeiter sein? Kann er sich nicht auch unter den Beamten befinden? Hat die Werkdirektion denn schon vergessen, daß vor etwa einem Jahrzehnt ein Obergemeiner, der beschuldigt war, eine ganze Schiffsladung voll Parkholz habe verschwinden lassen, sich im Gefängnis erhängte, um der Verhandlung zu entgehen? —

**Ueber die tumultuarischen Auftritte im Bremer Vorort Blumenthal,** von denen wir gestern kurz meldeten, bringen bürgerliche Blätter folgende Einzelheiten: „Im Hotel „Union“ kam am Sonntag Abend die Ranggesellschaft, die sich größtentheils aus polnischen Arbeitern zusammensetzte, der Aufforderung, zur Feierabendstunde (11 Uhr) das Lokal zu verlassen, nicht nach. Dadurch entstand ein Tumult, welcher derartig ausartete, daß kein Mensch seines Lebens sicher war. Vor dem Lokale hatte sich eine noch mehreren hundert Köpfe zählende Menschenmenge angesammelt. Das Haus wurde durch Steinwürfe demolirt, und Aufse: „Schlagt die Deutschen todt!“ erscholl durch die Luft. Ein in polnischer Sprache zur Ruhe Mahnender wurde mit einem Stein ins Gesicht geschlagen, zu Boden gemorren und durch Messerstiche getödtet. Ein anderer Arbeiter erhielt Stiche in den Kopf und den Rücken, die Verletzungen waren so schwer, daß er nach seiner Ueberführung nach dem Darmstadt in Begleit ebenfalls verstarb. Vier Gemeindeführer wurden vorige Nacht verhaftet und dem Bremer Gefängnis zugeführt. In der Wohnung eines Verhafteten wurde ein mit Blut besetztes Messer gefunden, welches hinter der Bettstelle verborgen war. Bis Dienstag Mittag waren acht Verhaftungen vorgenommen, denen noch mehrere folgen werden.“

**Treiben, 2. November.** (Eig. Ber.) Die ärztlichen Bezirksvereine in Sachsen, in welchen die „Standeschre“ und die „Standesinteressen“ der Kerkze gewahrt werden sollen, steuern immer mehr darauf los, die persönliche Bewegungsfreiheit und Praktikfreiheit der Kerkze in ungläublicher Weise zu beeinträchtigen, die Strafen, welche wegen Vergehen gegen die ärztliche Standesordnung verhängt werden, sind außerordentlich hoch. Und was man nicht alles als ein solches Vergehen ansieht! So wurde jetzt vom Bezirksverein Dresden-Land ein Arzt aus Radebeul zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt, weil er Vorträge in Naturheilvereinen gehalten hatte. Ein anderer bekam vom Bezirksverein Dresden-Stadt 200 M. und ein dritter in Jttau gar 500 M. Strafe zudiktirt. Es ist selbstverständlich, daß unter solchen Verhältnissen die Kerkze von der ganzen Standesordnung nichts wissen wollen. —

In Zöbtau, einem Orte von ca. 30000 Einwohnern, bei Dresden, ist jetzt eine zweiprozentige Umsatzsteuer eingeführt worden. Steuerbar sind Umsätze von 100000 M. an aufwärts pro Jahr. Die Steuer richtet sich in erster Linie gegen den fast ausschließlich von der armen Arbeiterbevölkerung frequentirten Konsumverein. Diese Doppelbesteuerung der Armen haben auch hier die Antisemiten im Gemeinderath auf dem Gewissen. —

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich der Mollereibesitzer Wilhelm Kula zu Alt-Gleichen vor der Stadtammer Eberwalde zu verantworten. K. befand sich am 19. November 1897 noch fahrgenahmter Kontrollversammlung in kameradschaftlicher Gesellschaft, in welcher über Krieg und Kriegsgelderei diskutiert wurde und man auch auf den deutsch-französischen Krieg zu sprechen kam, welchen K. mitgemacht hatte. Bei dieser Gelegenheit soll die Majestätsbeleidigung begangen worden sein. K. stellte zwar in Abrede, die inkriminierte Äußerung gethan zu haben, doch hielt der Gerichtshof ihn für abgeführt und verurtheilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis. —

Einer Majestätsbeleidigung, sowie eines Verstoßes gegen §§ 110 und 112 des Strafgesetzbuches soll sich Genosse Albert Schmidt in Magdeburg schuldig gemacht haben in einem Referat, welches er in Thale am Harz über die vom Kaiser in seiner Odenhauser Rede angeschuldigte Gesetzesvorlage hielt. Er hatte am Dienstag früh eine Vernehmung vor der Antikameralität zu bestehen. —

In Breslau wurde die 19jährige Wuchskaltherin Diga aus Auf-land zu 2 Monaten Festung wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt. Die beleidigende Äußerung geschah vor dem Schauffeuer einer Kaufmannschaft, in welchem sich ein Kaiserbild befand.

**Kolonialdirektor Dr. v. Bucha** soll bereits, wie ein hiesiges Blatt meldet, amtsmüde sein, noch bevor er in seiner amtlichen Stellung vor dem Reichstag erschienen ist. Der aus Ostafrika eingetretene Gouverneur Liebert wird als künftiger Kolonialdirektor genannt. —

**Ueber die weiße Bevölkerung im Schutzgebiet von Deutsch-Ostafrika** nach dem Stande vom 1. Januar 1898 wird im „Deutschen Kolonialblatt“ eine genaue Statistik mitgetheilt. Daraus ergibt sich, daß in dem ganzen großen Gebiet, das fast doppelt so



groß ist wie das Deutsche Reich, überhaupt nur 890 Weiße vorhanden sind. Unter diesen sind nur 665 Deutsche und von diesen 665 Deutschen sind mehr als die Hälfte — 388 — Angehörige des Gouvernements, der Schutztruppe und der Post, neben 5 deutschen Angehörigen der Kambarabahn, 88 deutschen Missionaren, 58 deutschen Frauen, 22 Pflegerinnen, 8 Missionarinnen, 88 Araber. Außerdem gibt es in ganz Deutsch-Ostafrika an Deutschen im ganzen nur 89 Kaufleute, 48 Pfleger, 4 Bergleute, 5 Gastwirthe 11 Handwerker, 2 Arbeiter, 2 Bauunternehmer, 2 Verursager; also nur 113 Deutsche, die nicht der Besatzung, der Verwaltung oder den Missionsanstalten angehören. Da aber von den 89 deutschen Kaufleuten und 5 deutschen Gastwirthen sicher die Mehrzahl ihre Staatsbürgerschaft auch nur in der Schutztruppe hat, so bleiben im ganzen nur etwa 70 selbständige Deutsche in dem ganzen Schutzgebiet übrig, die nicht aus den Taschen der deutschen Steuerzahler oder aus kirchlichen Mitteln direkt oder indirekt erhalten werden müssen! —

Der Gesundheitszustand in Kiautschou muß weit ungünstiger sein, als die offiziellen Berichte von dort vermuthen lassen. Aus Erfurt telegraphirt heute unser Korrespondent:

Der Sohn des hiesigen Gastwirths Hoffmann, der im vorigen Jahre zur Marine ausgehoben wurde, ist in Tzingtau am Malariafieber gestorben, wie eine amtliche Depesche an die Eltern meldet. Ein Bericht meldet, daß auch ein zweiter Erfurter, der Sohn der Wittwe Gahmann, in Kiautschou an der Malaria gestorben ist. Eine amtliche Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor. —

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 2. November. Die Forderung des amerikanischen Konsuls in Lumburg, daß alle nach Amerika Reisenden, die Wien berührt haben, sich vorher in Hamburg einer Quarantäne unterwerfen sollen, um einer Einschleppung der Pest vorzubeugen, wird in den hiesigen medizinischen Kreisen und von der Presse als sonderbar und überflüssig bezeichnet, da die Pestgefahr vollständig beseitigt ist. —

Budapest, 2. November. Die Verhandlungen der Quotenkommission können als gelaugert betrachtet werden, nachdem die ungarische Quotenrepräsentation die Erhöhung der Quote auf 88 pCt. abgelehnt hat. Beide Parlamente wurden hierüber verständigt. Nunmehr werden die Regierungen die Entscheidung der Krone anrufen. Man hofft in Ungarn, daß die Krone die Quote für das nächste Jahr in der bisherigen Höhe bestimmen wird. —

Budapest, 2. November. Der Ministerpräsident Banffy theilte heute in der konstituierenden Sitzung des Komitees für die Errichtung des Denkmals für die Königin Elisabeth mit, es sei der Wunsch des Kaisers Franz Josef, daß das Denkmal auf dem St. Georgsplatz an der Stelle des Henri-Monuments errichtet werde.

Das Henri-Denkmal, das 1882 dem am 22. Mai 1840 infolge seiner schweren Verwundung bei der Verteidigung der Festung Ofen gegen die Ungarn im Revolutionskriege verstorbenen österreichischen Generalmajor Ritter v. Henri errichtet wurde, war den nationalen Ungarn stets ein Dorn im Auge. Es war Objekt verschiedener Attentate. So machte schwere Verurteilung hat dieses Denkmal wegen statuenförmigen Kaiser Franz Josef hat es mit seinem Entschlusse verbunden, sich bei den Ungarn, die großen Werth auf Achtung ihrer revolutionären Traditionen legen, populär zu machen.

Bei uns in Berlin verhindert man dagegen die einfachste Ehrung der Märtyrer! —

### Schweiz.

Bern, 2. November. Nachdem das Jänndhölzchen-Monopol vom Schweizer Volk verworfen wurde, hat die Bundesversammlung das Gesetz betreffend das Verbot der Fabrikation von Phosphor-Jänndhölzchen angenommen.

### Frankreich.

Paris, 2. November. Nachdem das von Jola gegen Judet vom „Reit Journal“ angestrebte Verfahren durch Nichterspruch eingestellt worden ist, hat letzterer Jola wegen verleumderischer Anzeige verklagt. Judet soll auch beabsichtigen, vier Zeitungen wegen Verleumdung zu belangen. —

Die „Geheimakten“. Der „Gaulois“ hofft, der Kassationshof werde, bevor er amlich einen Einblick in die geheimen Akten nehme, sich über die Folgen einer etwaigen Indiskretion vergewissern. Die Akten seien bisher aus drei Gründen geheim gehalten worden: erstens hätte eine Veröffentlichung im gegebenen Zeitpunkt empfindliche diplomatische Verhandlungen herbeigeführt; — diese Gefahr sei gegenwärtig allerdings weniger zu befürchten; — zweitens würde die Organisation des französischen Spionagedienstes aufs schwerste darunter leiden und drittens würden hochgestellte Persönlichkeiten dadurch kompromittirt, deren selbstlose Intervention in der Dreifusache geheim gehalten werden müsse. —

Die Fashoda-Frage. Die Mehrzahl der Pariser Blätter erhebt Einspruch gegen die Idee der Räumung Fashoda's, welche eine Erniedrigung für Frankreich wäre. Indessen erklärt Cornély im „Figaro“, es wäre Wahnsinn, Fashoda's wegen eines Weltkriegs anzufassen. Yves Guyot meint im „Siècle“, Marchand habe Fashoda offenbar erdillig verlassen.

Der Londoner „Daily Graphic“ erzählt nachstehendes aus Paris aus angeblich amtlicher Quelle: Baratier sei nach Kairo entsandt worden mit dem Befehl an Marchand, nach Fashoda zurückzukehren und von dort aus mit seinen Begleitern in der Richtung nach dem oberen Nubien sich zurückzuziehen. Fashoda und fünf von den Franzosen östlich von der durch das deutsch-englische Abkommen festgesetzten Grenzlinie errichtete Posten sollen geräumt werden. Es sei der Vorschlag gemacht, diese Posten den ägyptischen Behörden zu überlassen und die ägyptische Regierung soll gebeten werden, Truppenabtheilungen zu entsenden, um Marchand auf seinem Rückmarsch zu geleiten. Die Verhandlungen sollen auf Grund der von Courcel unterbreiteten Vorschläge eröffnet werden. —

### Italien.

Rom, 2. November. Der Entwurf der Thronrede betont die Nothwendigkeit des Festhaltens an den Bündnissen, zollt dem Abriktungs-vorfall eine Weisheit und empfiehlt der Kammer auf das wärmste finanzielle ökonomische Vorlagen. —

Polizeibestrafung auf der Anklagebank. Schwere Mißhandlungen auf der Polizeiwache bilden den Gegenstand eines Aufsehens erregenden Prozesses. Der gegenwärtig in Genoa zur Verhandlung kommt. Auf der Anklagebank sitzen, nach dem „S. G.“, der Ex-Polizei-Offizier Carlo Festa und vier Unterbeamte der gemeinlichen Polizei unter der Anklage, durch grausame körperliche Mißhandlung den Tod eines wegen Unordentlichkeit irrtümlich verhafteten Mannes, namens Andrea Forno herbeigeführt und in zahlreichen anderen Fällen zur Haft gedachte Personen in unmenschlicher Weise gemartert zu haben. Unter den vorgelagerten Sachverständigen befindet sich auch Prof. Cesare Lombroso. Der Angeklagte Festa trägt ein so jämmerliches Wesen zur Schau, daß ihn der Präsident wiederholt ermahnt, wenigstens den in der guten Gesellschaft üblichen äußeren Anstand zu wahren. Als Festa von Rom nach Genoa verlegt wurde, ging ihm der Auf eines gewaltthätigen Beamten voraus. Im Walle hieß er nur „der Schlächter“. Zahlreiche Zeugen, darunter sogar Polizeibeamte, sagen aus, daß Festa die Polizeigenossen während des Verhörs geradezu barbarisch behandelte. Aus seinem Zimmer drangen fast immer Klage- und Jammerlaute geprißelter Häftlinge heraus. In einem besonderen Falle zwang er einen Verhafteten, einen ganzen Eimer Wasser anzutrinken und selbst, als dem Manne schon das Blut aus Mund und Nase drang, ließ der Herr Polizeileutnant noch immer sein anordnendes: „Sauf, Heine!“ hören. Noch schwerer verging er sich im Fall Forno, der endlich zur Erhebung der Anklage gegen den „Schlächter“ geführt hat. Forno war zugleich mit seiner Tochter Marie wegen Landdiebstahls festgenommen worden; er stellte die ihm zugesprochenen That jedoch entschlossen in Abrede. Um ihn nun zu einem Geständnis zu „bewegen“, prügelte ihn Festa an drei aufeinanderfolgenden Tagen so furchtbar, daß dem Manne buchstäblich die

Wippen im Leibe zerbrochen wurden. Einen Tag später wurde Forno wegen Mangels an Beweisen entlassen und von Genoa nach Turin abgehoben. Wo er bald nach der Ankunft infolge der erlittenen Mißhandlungen starb. Im Dienst ergrauten Polizisten, die den Mann nach den Mißhandlungen gesehen haben, sagten aus, daß er wie eine „wandelnde Leiche“ ausgesehen habe; er habe sich vor Schmerz gekrümmt, sein Anblick sei zum Steinerweichen gewesen. Wenn er gejamert und gellagt habe, habe Festa höhnisch gelacht und gesagt: „Da sollst Du's erst mit der österreichischen Polizei zu thun kriegen, die prügelt noch ganz anders.“ Festa erklärt die Geschichte von den Mißhandlungen für Zeitungsfabrik; er weiß jedoch keinen Grund dafür anzugeben, weshalb er nach dem Bekanntwerden des Falles Forno nach Rom entflohen, von wo aus er an den Polizeidirektor Rossi in Genoa ein Schreiben richtete, in welchem er seine Unschuld betonte. Das Publikum im Gerichtssaal nahm am ersten Verhandlungstage gegen den Angeklagten eine so drohende Haltung an, daß der Präsident den Saal räumen lassen mußte. —

Der „Avanti“ meldet die Verurteilung Festa's zu sieben Jahren acht Monaten Einzelhaft. Das sozialistische Blatt erinnert bei dieser Gelegenheit an den Fall Prezzi. Prezzi, ein Sozialist, war, wie wir i. J. mitgetheilt haben, wegen angeblicher politischer Vergehen in Haft genommen worden und ist im Gefängnis infolge von grausamen Mißhandlungen, begangen durch brutale Polizisten, gestorben.

Daß ein solches Schicksal, das sich nur dahin charakterisiren läßt: Korruption, Mißwirtschaft der Beamten, Auspowerung des Volkes, brutale Gewalt gegen politische Gegner, Verzeiwungs- und Wahnsinnthaten zeitigen muß, ist für jeden vernünftig Denkenden erklärlich. —

### England.

London, 1. November. Obwohl die britische Regierung die Ueberzeugung ausgesprochen hat, daß der Fashoda-Streit mit Frankreich friedlich erledigt werden wird, fährt sie doch fort, Flottenrüstungen und Flottenbewegungen großen Stils vorzunehmen, welche dazu bestimmt sind, Englands Seemacht zu zeigen.

Neberall in den britischen Flottenstationen über dem weiten Erdkreis regt es sich. Von Shanghai wird gemeldet, daß das britische Geschwader nach Sien beordert worden ist. In Halifax in Neuschottland soll Admiral Jiff den Befehl erhalten haben, sofort sich in Bereitschaft zu halten, in See zu stechen. Im fernen Vancouver werden die britischen Kriegsschiffe nachgehoben und zum aktiven Dienst bereitgestellt. Die britischen Wachtschiffe sollen, wie bekannt, zu einem Sondergeschwader versammelt werden. In Devonport sind das Wachtschiff von Goldhead, der „Colossus“, und das Wachtschiff von Greenock, der „Penbow“, beide seinerzeit Schinder moderner Schiffsbaukunst, eingetroffen. Ferner kamen das Schlachtschiff „Thunderer“, welches die Einfahrt von Pembroke bewacht, und der „Collingwood“, welcher die Einfahrt in die irische Bucht hütet, im Sund von Plymouth an. Sieberhafte Thätigkeit herrscht in Devonport. Lancher untersuchen, ob der Boden des „Collingwood“, des „Thunderer“ und des „Colossus“ in gutem Zustande ist. In Portsmouth bekommen die Soldaten der königlichen Artillerie keinen Urlaub mehr. Alle Artilleristen lernen gegenwärtig die Maschinenanlagen hantieren. — Der Bau des Admiraltätsdocks und der Hofwerke von Gibraltar ist der Firma Topham, Jones u. Wallton in London übergeben worden. Die Baukosten belaufen sich auf 200 000 Pfund. Erst Freitag vor acht Tagen ist das Angebot abgepruft worden. Die Unternehmer sollen den Bau in Gibraltar sofort beginnen. Schon letzte Woche kam die Nachricht, daß die Londoner Freiwilligen den Befehl erhalten hätten, auf vier- und zwanzigtägige Voraussagung bereit zu sein.

### Dänemark.

Budgetdebatte im Folkething. Man hatte diesmal beschlossen, bei der ersten Vernehmung keine Generaldebatte einzutreten zu lassen, weil der Folkething bereits in die Novemberferien gehen will. Alle Redner mußten sich also sehr kurz fassen. A. Nielsen protestirte namentlich gegen die zunehmenden Militärausgaben, für die endlich eine Grenze gefunden werden müsse. Die Hauptrede war die amterer Parteigenossen Klausen. Hätten wir parlamentarische Zustände, so hätte der überwältigende Fortschritt der Liberalen und Sozialisten bei den Wahlen einen Ministerwechsel nach sich ziehen müssen. Ein konservatives Ministerium steht in diesem Folkething ja verloren und verlassen da. Namentlich die Sozialdemokratie wächst riesenhaft, dank dem Treiben der Großindustriellen und Landbarone. Unser Redner sprach weiter von den Lohnverhältnissen der Staatsarbeiter. Es sind im Vorjahr einige Erhöhungen erlangt und dieses Jahr sollen weitere beantragt werden; aber wo bleibt die versprochene Enquete über die Lohnverhältnisse? Er sprach weiter über die sonstigen Verhältnisse der Staatsarbeiter und über die Unterbeamten. Während deren Lage sehr traurig ist, steigt das Militärbudget wieder um 1 296 000 Kr., wozu noch die 526 000 Kr. kommen, die der Herr Minister sich selbst bewilligt hat. Es sei keine Freude, an der Budgetbewilligung zu arbeiten, denn die vom Folkething bewilligten Gelder verbraucht das Ministerium nicht, dagegen macht es unbenutzte Ausgaben.

Auch die anderen Redner, darunter vier Sozialdemokraten, gingen sehr scharf gegen die Minister vor und sprachen ihr Versehen aus, daß dieselben noch nicht zurückgetreten seien. Besonders scharf wurden auch die Eisenbahn-Verhältnisse kritisiert. —

### Serbien.

Belgrad, 1. November. In einer Note, welche durch den Gesandten Komarowitsch der Porte überreicht wurde, erklärt die serbische Regierung, falls ihrem Verlangen auf Hinzuziehung eines serbischen Delegirten in der Unterredung wegen der im Vilajet Kossowo verübten Gewaltthaten nicht stattgegeben würde, so möchte die Regierung sich mit einem Memorandum an die Großmächte wenden, um die Sachlage betreffend die Arnautengräuel klarzulegen. —

### Türkei.

Zur Aretasfrage. Aus Kanea wird gemeldet: Zwischen den Admiralen ist hinsichtlich der Organisation der Gendarmen ein Zwiespalt eingetreten. Der russische und der französische Admiral haben in Kanea und Methmon nur ein Fünftel der erforderlichen Mannschaften aus den Nubiamedancern entnommen, und diese weigern sich, die vorgeschlagene Uniform zu tragen, da dieselbe aus blauem Rod und weißer Hose bestehen soll, wodurch angeblich die Uniform die griechischen Farben zeigen würde. Der englische Kommandant in Heraklion hat dagegen das dortige Gendarmenkorps zu zwei Dritteln aus Nubiamedancern und einem Drittel Christen zusammengesetzt und für dieselben eine fast ganz türkische Uniform bestimmt, wogegen der griechische Nationalausmarsch eine heftige Einsprache erlassen wird. —

Wie die „Polit. Corr.“ aus Athen erfährt, notifizirte der König von Griechenland den Aretasmächten die offizielle Zustimmung zu der Ernennung des Prinzen Georg zum Gouverneur von Areta. Derselbe erhält den Titel eines Fürstgouverneurs. Falls der Sultan seine Zustimmung giebt, begiebt sich Prinz Georg nach Konstantinopel, um sein Bestallungsbrevet in Empfang zu nehmen. —

Kanea, 2. November. Die Admirale setzten den Gouverneur in Kermith, daß sie am 4. November die Verwaltungsbureau militärisch besetzen lassen werden. Der Zutritt zu diesen werde ottomanischen Beamten nicht ferner gestattet sein. Die ottomanischen Truppen auf Areta hätten mit diesem Tage jeden Dienst einzustellen und müßten sich in die Kasernen zurückziehen, die die Soldaten bewachen nicht verlassen dürften. Die Gendarmen werde verabschiedet werden. Die in der Subaduat anstehenden Transportschiffe sollen alle Truppen einschiffen. Die Porte sei ersucht, eiligst weitere Dampfer für den Transport der dann etwa noch übrig bleibenden Truppen zu schicken. Die Admirale werden den Schatz des Arsenal übernehmen. Die türkischen Marineoffiziere werden auf einem türkischen Panzerschiffe eingeschiffet, das bei Suda ankert. Die Admirale behalten sich die geeigneten Maßregeln vor, um die Ausführung ihrer Verfügungen sicherzustellen.

## Partei-Nachrichten.

Genosse Liebknecht hat in einem Aufsatz des „Neuen Weltkalenders“, betreffend sein Flüchtlingsleben in Genf, über den verstorbenen Parlaments-Abgeordneten Moriz Hartmann einige Bemerkungen gemacht, über die dessen Sohn sich bei dem Verfasser beklagt hat. Liebknecht wird sich in dem nächstjährigen Kalender des Näheren über die Sache äußern; er erklärt aber schon heute, daß es ihm nicht eingefallen ist, und er auch keinen Grund hatte, Hartmann einer Denunziation zu beschuldigen, sondern daß der Angriff sich einzig gegen den Reichsregenten Karl Vogt richtet, der allerdings damals, wie bei anderen Gelegenheiten, eine sehr schofele Rolle gespielt hat.

In Hemelingen, einem industriellen hannoverschen Dorfe in der Nähe Bremens, wurde der Parteigenosse Mannier mit 247 von 291 insgesammt abgegebenen Stimmen wieder in den Gemeinde-Ausschuß gewählt.

Genossin Rosa Luxemburg in Dresden ist aus der Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ ausgetreten.

Der im Essener Meineidsprozeß verurtheilte Bergmann Wedmann hat dem sozialdemokratischen Unterstützungskomitee in Bochum erklärt, daß er die ihm zugedachte Unterstützung aus dem gesammelten Fonds annimmt.

Gegen die Zuchthaus-Vorlage erhoben Protest Versammlungen in Rudolstadt i. Th., Kahla in Sachsen-Altenburg, Oldenburg. Insbesondere in letzterem Orte war der Besuch außerordentlich stark.

Der Verband der Arbeiter-Gesangvereine Niederösterreichs veranstaltete am Sonntag im Sophienaal in Wien eine Jubiläumssfeier zur Erinnerung an die vor 80 Jahren erfolgte erste Aufführung des „Liedes der Arbeit“. Zu dieser Feier waren auch der Verfasser des Liedes J. Papf und der Komponist Joseph Scheu erschienen, denen lebhafteste Ovationen dargebracht wurden. Das „Lied der Arbeit“ wurde im Jahre 1868 zum ersten Male bei einer vom Arbeiter-Bildungsverein in Gumpendorf abgehaltenen Festsitzung für Kassalle gesungen und ist seither, in alle Sprachen Oesterreichs überetzt, zum Parteilied der österreichischen Sozialdemokratie geworden. Der Sophienaal war anläßlich der Feier, an welcher etwa 400 Sänger und Sängerinnen mitwirkten, entsprechend decorirt. Die Festsitzung hielt Dr. Victor Adler. Scheu dirigirte persönlich den Vortrag des „Liedes der Arbeit“, das von den Anwesenden stehend mitgesungen wurde.

Aus der Schweiz. Da die schweizerischen Parteigenossen Werth darauf legen, daß jedermann weiß, aus welchen Gründen der letzte Parteitag den von einem früheren Parteitage erklärten Ausschluß des Redakteurs Moor in Bern aufgehoben hat, so lassen wir den Wortlaut des Beschlusses hiermit folgen:

Der Parteitag, in Erwägung: 1. daß die Arbeiterunion Bern infolge des Ausschlusses ihres Redakteurs ihre Beziehungen zur schweizerischen sozialdemokratischen Partei abgebrochen hat und dieselben erst dann wieder aufnehmen wird, wenn die Aufhebung des Ausschlusses erfolgt; 2. daß aber die geplante Reorganisation der sozialdemokratischen Partei der Schweiz die Beteiligung und Mitarbeit aller sozialdemokratischen Organisationen der Schweiz nicht nur wünschenswerth, sondern auch dringend nothwendig macht, beschließt: der Ausschluß des Redakteurs der „Bernser Tagwacht“, des Organs der sozialdemokratischen Partei der Stadt und des Kantons Bern, aus der sozialdemokratischen Partei wird aufgehoben. Der Parteitag spricht die bestimmte Erwartung aus, daß der Friede in Bern hergestellt und dem Wiedereintritt der Vereine, welche früher der Vereinigung „Vorwärts“ angehört, keine Schwierigkeiten entgegengestellt werden.

Der Beschluß wurde in geheimer Abstimmung mit 28 gegen 8 Stimmen gefaßt. Möge nun damit die Einheit der Berner Arbeiterbewegung und der Friede wiederhergestellt sein, damit alle wieder zusammen an der Förderung unserer Sache arbeiten können.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Die Magdeburger „Volkstimme“ erinnert daran, daß in Magdeburg das Herumtragen von Plakaten mit der Aufschrift „Wählt Pfannkuch!“ wegen mangelnder Bezeichnung des Trägers mit 10 M. bestraft worden ist, während man in Breslau dasselbe Vergehen mit 1 M. Strafe als ausreichend gefaßt erachtet hat, wobei noch in betracht kommt, daß in den Breslauer Plakaten auf die Parteistellung der Kandidaten verwiesen war, was das dortige Landgericht als Grund zur Verurteilung der Verurteilung ansah. Die Magdeburger Plakate enthalten einen solchen Hinweis nicht, sondern lediglich die Aufschrift: „Wählt Pfannkuch!“ Die „Volkstimme“ hofft nun, daß die Verurteilung gegen den amtierenden Strafbefehl mindestens die Herabsetzung der Strafe auf 1 M. zur Folge haben werde.

Der verantwortliche Redakteur G. Kahnt vom früheren altendurgischen Parteiorgan „Der Böhler“ hat am 1. November das Gefängnis nach Verbüßung einer dreimonatigen Freiheitsstrafe verlassen.

Polizeiliches aus Baden. Die Mannheimer „Volkstimme“ veröffentlicht einen, W. Hermann gezeichneten Artikel über den Stuttgarter Parteitag, dessen Verfasser im Jahre 1870 als Delegirter für Dresden an dem Hallischen Parteitage der Sozialdemokraten theilgenommen hat, dann zu den Anarchisten übergegangen und nach fünfjähriger Gegnerschaft wieder zur Sozialdemokratie zurückgekehrt ist. In dem Artikel heißt es u. a.:

„Der Parteitag hat einstimmig eine Resolution, in welcher in klarer Begründung der Gegenstand zum Anarchismus betont wird, ausgehoben. Auch ich, der ich in den vorerwähnten fünf Jahren dem Anarchismus gehuldigt habe, kann diese Stellungnahme gegenüber dem Anarchismus begreifen und verstehen; bin auch von meinem Irrthum befreit, und habe meine Betätigung innerhalb der sozialdemokratischen Partei in offener und freier Weise seit einem Jahre wieder ausgeübt. Um so mehr muß ich meine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, daß seit der unmenschlichen That, genau genommen Meuchelmord, die an der Kaiserin von Oesterreich verübt worden ist, ich mich fortwährend der besonderen Aufmerksamkeit der Polizeidirektoren zu erfreuen habe. In Heidelberg wurde mein Haus durchsucht, aber mit dem ausdrücklichen Bemerken, man solle mir keine Mittheilung machen, da ich mich sonst bedrückt fühlen könnte. Dieselbe Praxis treibt man auch hier in Mannheim, seit ich meiner Exilung wegen nach Mannheim übergesiedelt bin. Nun eine offene Frage: Weshalb stehe ich unter einer gewissen Polizeiaufsicht? Glaubst man, daß ich unter falscher Flagge lebe? Sollte dies letztere der Fall sein, so erkläre ich unumwunden, was auch in meinem Artikel vom 27. April dieses Jahres in der „Volkstimme“ niedergelegt worden ist, daß ich in ehrlicher Absicht und aus Ueberzeugung zur Sozialdemokratie zurückgekehrt bin. Ich verwerfe und verachte unläutere Motive; stolz kann ich auf meine bisherige unheimliche Betätigung im öffentlichen Leben zurückblicken. Ein Doppelspiel treibe ich nicht, dazu ist mir die Arbeiterbewegung zu ernst. Will man aber ein geheimes Spiel zur Strafe bringen, dann erkläre man auch unumwunden, daß man nicht eine Anarchistenbekämpfung, sondern eine sozialdemokratische Hejragd inszenirt! Und noch eine Antwort: prodigieren lasse ich mich nicht, wer die Schule des Sozialistengesetzes genossen hat, der wird mit Ruhe und Würde den Dingen entgegengehen, die da kommen werden.“

Vom Schöffengericht in Hof wurde der Redakteur der „Oberfränkischen Volkszeitung“, Genosse Stücken, wegen Verleumdung des Fabrikanten Mühlhölzer in Markt Redwitz zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt. In einem andern Verleumdungsprozeß, den der Fabrikant A. Kaitzel in Schwarzenbach a. d. S. gegen Stücken angestrengt hatte, kam es zwischen beiden zum Vergleich. Am 10. November hat sich Stücken noch vor der Strafkammer wegen Verleumdung des Verheiratheten zu verantworten, womit dann alle Prozesse erledigt sind, die gegen ihn während seiner 5-jährigen Thätigkeit in Hof angestrengt waren. Stücken ist, wie wir schon früher mittheilten, zum Redakteur der „Altenburgischen Volkszeitung“ gewählt und wird diese Stellung demnächst antreten.



# Majestätsbeleidigungs-Prozess Harden.

In dem Majestätsbeleidigungs-Prozess gegen den Herausgeber der „Zukunft“ Maximilian Harden wird die Verhandlung fortgesetzt unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Die letztere wurde nur auf kurze Zeit wieder hergestellt und es wurden zwei Zeugen vernommen, die der Angeklagte vorgeschlagen hatte, um seine Behauptung zu unterstützen, daß er nicht der Verfasser des Artikels „Der Wahrheit Rache“ sei. Der eine Zeuge, Herr Dr. Verthold, behauptete, daß ihm seiner Zeit der Angeklagte das Manuskript zu dem Artikel gezeigt und dabei bemerkt habe, daß ihm dasselbe soeben zugehändelt worden sei, daß der Aufsatz recht nett sei und in der „Zukunft“ abgedruckt werden würde. Der Zeuge hat sich überzeugt, daß das Manuskript nicht die Handschrift des Angeklagten zeige. — Der Staatsanwalt hatte darauf Bezug genommen, daß in dem Inhaltsverzeichnis der „Zukunft“ als Verfasser des Artikels „Der Wahrheit Rache“ M. H., das heißt der Angeklagte aufgeführt worden sei. Der Angeklagte hatte deshalb seinen Expeditionschef laden lassen, um zu beweisen, daß er selbst mit dem Inhaltsverzeichnis gar nichts zu tun habe und in diesem Falle ein Versehen vorliege. Der Staatsanwalt fragte den Angeklagten nochmals, ob er den Verfasser nennen wolle, die Antwort lautete aber verneinend, da es sich hier um Majestätsbeleidigung handle und dieses Angeklagter nicht für angebracht halte, trotz der vom Verfasser gegebenen Ermächtigung, dessen Namen zu nennen. Der Verfasser habe übrigens, wie Dr. Verthold behauptete, ihm im Gespräch mitgeteilt, daß sich der Artikel „Der Wahrheit Rache“ gar nicht auf Kaiser Wilhelm, sondern auf die Kaiserin Jola beziehen sollte. Der Staatsanwalt gab sodann dem Angeklagten anheim, das Manuskript nach Befreiung der Unterschrift vorzulegen, da er sich überzeugen möchte, ob der Angeklagte Änderungen oder Zusätze gemacht habe. Der Angeklagte erklärt sich außer Stande, das Manuskript vorzulegen, da es nicht mehr vorhanden sei. — Justizrat M u n d e l hielt es nicht für zweckmäßig, im jetzigen Stadium von der ihm erteilten Ermächtigung, den Verfasser zu nennen, Gebrauch zu machen. Auf Antrag des Staatsanwalts soll der bereits entlassene Zeuge Dr. Verthold noch einmal geladen und befragt werden, ob er die Person des Verfassers zu nennen im Stande sei. — Nach dem Gange der Verhandlung stand am Mittwoch eine Beendigung des Prozesses noch nicht in Aussicht. Der Gerichtshof ist zur Zeit noch immer ausschließlich mit den zu dem Artikel „Kaiserin-Jola“ gehörigen Beweisen beschäftigt. Die Verhandlung wird daher am Freitag fortgesetzt werden müssen.

Bei der weiteren Verhandlung des Prozesses Harden wurde mehrmals auf ganz kurze Zeit die Öffentlichkeit wieder hergestellt, um nachvergangenen Minuten sofort wieder ausgeschlossen zu werden. Für die Richterstaatler entwickelte sich auf diese Weise ein recht ungemütliches Beispiel. Eine Episode, die sich während einer kurzen Zeit der öffentlichen Verhandlung abspielte, verdient, näher beschrieben zu werden. Wie schon mitgeteilt, war der frühere Hamburger Rechtsanwalt, jetzige Privatier Dr. Verthold nochmals als Zeuge geladen worden, um über die Verfälschung des Artikels „Der Wahrheit Rache“ vernommen zu werden. Er war erschienen und sagte aus, daß das Manuskript des Artikels, welches ihm Harden gezeigt, bestimmt nicht von der Hand desselben hergestammt habe. Er habe die bestimmte Vermutung gehabt, daß der Artikel von demselben Herrn verfaßt sei, der, wie ihm bekannt, mehrere solcher „Legenden“ dem Angeklagten eingeschickt hatte und diese Vermutung sei denn auch gelegentlich eines Spazierganges bestätigt worden, den er mit Harden und diesem Herrn eines Tages nach Erhebung der Anklage unternommen habe. Als Harden sich entfernte, habe der Herr selbst davon zu sprechen angefangen und seine Freunde darüber ausgesprochen, daß er mit jemand, der mit dem Angeklagten näher bekannt sei, sich über die Frage unterhalten könne, wie er sich bezüglich der dem Angeklagten fälschlich zugeschriebenen Autorität des Artikels verhalten solle. Er selbst sei der Verfasser und könne nicht genug darüber fluchen, daß seine Parabel, zu der er lediglich durch die Ereignisse im Jola-Prozesse angeregt worden sei, zu einer Anklage habe führen können. Er habe den Artikel wider seine sonstigen Gesinnungen ohne Unterdrückung gelassen, weil es ihm peinlich gewesen, daß er eines Tages in einer Gesellschaft mit dem Pseudonym angedeutet worden sei, unter welchem er zu schreiben pflege. — Staatsanwalt P l a s c h e: Nun bitte ich um den Namen des Herrn, mit dem der Zeuge die Unterredung gehabt hat. — Ze u g e: Ich beauftrage zunächst die Frage und bitte um einen Gerichtsbeschluss. So viel er wisse, sei das Strafverfahren doch nur gegen Harden gerichtet und nicht gegen einen Dritten. — Staatsanwalt: Ihm müßte Gelegenheit gegeben werden, durch Vernehmung des betreffenden Herrn festzustellen, ob Harden wirklich nicht der Verfasser des Artikels sei und ob er nicht selbständig Änderungen an dem Manuskript vorgenommen hat. — Justizrat M u n d e l hält die ganze Frage nach der Verfälschung des Artikels für nicht sehr erheblich. — Angekl. Harden: Er bedauere den Vorgang, daß ein Mann, der in einer ganz anderen Sphäre lebe, hier in dies Strafverfahren plötzlich hineingezogen werden solle. Er halte es nicht den Gewohnheiten eines Gentleman entsprechend, den Namen des Verfassers zu nennen und würde eventuell lieber alles Ungemach auf seine Schultern nehmen. — Justizrat M u n d e l: Auch der Zeuge halte als ansässiger Mann das, was ihm zugemutet werde, für einen Vertrauensbruch. Wenn der Gerichtshof die Anregung des Staatsanwalts nicht für ganz besonders wichtig erachte, sollte man doch den Zeugen nicht in eine so peinliche Lage bringen. — Staatsanwalt: Er habe die feste Überzeugung, daß der Artikel mit Jola überhaupt nichts zu tun habe und der Angeklagte der Verfasser sei oder mindestens Änderungen im Manuskript gemacht habe. Hat der Zeuge mit dem unbekanntem Herrn auch über den Inhalt des Artikels gesprochen? — Ze u g e: Die Unterhaltung habe sich insofern auch mit dem Inhalt befaßt, als der Herr sagte, Harden habe eine Korrektur vorgenommen, durch welche ein Ausdruck etwas gemildert worden sei. — Der Gerichtshof beschloß hierauf, dem Zeugen die Frage nach dem Namen des Verfassers vorzulegen, weil seiner der geschlichen Gründe zur Zeugnisverweigerung vorliege. — Ze u g e verweigert nunmehr die Beantwortung der an ihn gerichteten Frage. — Staatsanwalt: Er behalte sich Anträge bis zu dem Zeitpunkte vor, wo über den Artikel „Der Wahrheit Rache“ selbst verhandelt werde. Er werde dann beantragen, aus Nr. 44 der „Zukunft“ „Das Notizbuch“, aus Nr. 23 den Artikel „Jola's Fall“ und aus Nr. 25 den Artikel „Drehfus“ zu verlesen, aus welchen sich ergeben werde, daß der Gedanke, der Artikel „Der Wahrheit Rache“ habe Bezug auf den Fall Jola gar nicht Platz greifen könne. — Angekl.: Wenn damit bewiesen werden solle, daß er über den Fall Jola eine andere Meinung habe, so gebe er dies ohne weiteres zu. — Auf Befragen des Angeklagten erklärt Zeuge Dr. Verthold: Ihm sei bekannt, daß der Angeklagte hier und da eine stilistische Änderung an den ihm zugesandten Artikeln vornehme, sonst aber mit großer Gewissenhaftigkeit vermeide, an dem Sinne der Artikel etwas zu ändern, selbst wenn sie seinen Anschauungen entgegen seien. — Prä s.: Nach § 69 der Straf-Prozessordnung sei der Gerichtshof gezwungen, einen sein Zeugnis unredlich verweigenden Zeugen in Strafe zu nehmen. — Staatsanwalt: Er enthalte sich jedes Antrages über die Höhe der Strafe, nachdem festgestellt erseheine, daß Harden inhaltlich Änderungen an dem Artikel vorgenommen habe. — Justizrat M u n d e l: Diese Feststellung liege keineswegs vor. Es sei nur festgestellt, daß der Angeklagte eine stilistische Änderung in mildernder Form vorgenommen habe. — Der Gerichtshof beschloß, den Zeugen Dr. Verthold in eine Strafe von 50 Mark event. 5 Tagen Haft zu verurteilen. Der Zeuge habe keinen geschlichen Grund, seine Aussagen zu verweigern, sondern schäme nur einen menschlichen Grund vor. Das letztere sei strafmildernd in betracht gezogen, weil das Verhalten des Zeugen vom menschlichen Standpunkte aus verständlich sei. Auf der andern Seite erfordere es das Interesse der Rechtspflege, solche gesetzlich nicht begründete Zeugnisverweigerungen nicht aufkommen zu lassen. — Zeuge Verthold wurde hierauf entlassen, die Öffentlichkeit wiederum ausgeschlossen und die Verhandlung über den Artikel „Kaiserin-Jola“ fortgesetzt.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

**Aufruf an die Angestellten der Omnibus-Gesellschaften, Schaffner und Auticher!** Infolge des kürzlich von mir im „Vorwärts“ veröffentlichten Aufrufs an die Straßenbahn-Angestellten wandten sich verschiedene Omnibusbedienstete an mich mit der Anfrage, ob auch sie sich dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter anschließen könnten. Es ist dies ganz selbstverständlich und erlaube ich die Kollegen, sich zwecks Aufnahme in einer Zahlstelle des Verbandes oder am besten im Bureau des Verbandes, Büchhoffstraße 13, zu melden. Ferner erlaube ich insbesondere die Angestellten der Neuen Berliner und der Reform-Gesellschaft, mir ausführliches Material über die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse zu übermitteln. Es ist ganz selbstverständlich, daß genau so wie von den Straßenbahn-Angestellten auch von den Omnibus-Angestellten keiner zu befürchten hat, daß seine Mitgliedschaft im Verbandsverband irgend einem Unbefugten bekannt werden könnte. Ich erlaube daher die Omnibus-Angestellten, sich recht zahlreich und baldmöglichst zur Organisation zu melden. Die bestehenden Arbeitsverhältnisse bedingen einen festen Zusammenhalt, wenn eine Besserung im Verus eintreten soll. Deshalb auf Kollegen, werdet Mitglieder des Zentralverbandes des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Rob. Dertel, Vertrauensmann, Dresdenstr. 117.

## Deutsches Reich.

**Zur Tarifbewegung der Buchdrucker.** Wie der „Correspondent“, das Organ der Buchdruckergehilfen, bekannt gibt, sind bis zum 27. Oktober infolge der Tarifbewegung 356 Firmen den Tarifvereinigungen beigetreten. Seit der neuen Tarifgemeinschaft hat die Mitgliederzahl des Verbandes der Buchdrucker um ca. 8000 zugenommen.

**Bei der Gewerbeberichterwahl in Vergedorf** wurden in der Klasse der Arbeitnehmer die von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten einstimmig gewählt.

**Zur Vergarbeiter-Bewegung.** Wie mitgeteilt wird, hat der Vergarbeiter-Verein, Mitglied des christlichen Gewerkevereins, in einer Vergarbeiter-Versammlung Stellung zum Streik der Vergarbeiter genommen. Derselbe hält gegenwärtig die Aussichten zu einem günstigen Abschluß des Streiks für sehr gute. Die Besen hätten große Aufträge und der Winter steht vor der Thür. Aber es fehle sowohl im allen Vereinen wie auch im Gewerkevereine der christlichen Arbeiter die rechte Stimmung für eine Lohnbewegung. Zum Streik gehören eine gute Organisation und gefüllte Kassen, aber beides fehle.

**Bei der Firma Ernst Günther in Gera** sind Differenzen ausgebrochen. Es handelt sich um Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden, sowie Bezahlung der Feiertage. Beihilft sind 6 Steinbrücker und 1 Schleifer.

**Die Gasanstalts-Arbeiter in Achersleben** haben am 31. Oktober die Arbeit eingestellt, um eine Erhöhung des Lohnes zu erzielen und eine stattgefundene Wahrung rüdigung zu machen. — Zugung ist fern zu halten. — Geldbeiträge zur Unterstützung der Ausständigen sind an Albert S ch w e n g e b a c h e r, Achersleben, Eislebenerstr. 11, zu senden. — Die Arbeiterblätter werden um Abdruck dieser Notiz gebeten. — Der Zentral-Vorstand des Verbandes der Arbeiter in Gasanstalten etc.

**Die Magdeburger Schneider** haben in einer gut besuchten Versammlung folgenden Lohnstarif angestellt: 1. Anerkennung eines festen Lohnstarifs. 2. Zahlung eines Mindestlohnes von 15 M. für Wochenarbeiter und Beihilfung des Kost- und Logisweins bei den Meistern. 3. Errichtung von Betriebswerkstätten. 4. Regelung der Lohnverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch eine Kommission, die zu gleichen Teilen aus Geschäftsinhabern oder deren Vertretern und aus Arbeitnehmern besteht. 5. Wöchentliche Lohnzahlung am Schlusse jeder Woche. 6. Anerkennung des Arbeitsnachweises der Arbeitnehmer.

**Die Fellenhauer und Schleifer in Speyer** haben sich den Bestrebungen ihrer Berufscollegen in Mannheim und Frankfurt zur Erlangung besserer Lohnverhältnisse angeschlossen und die Kündigung eingereicht. Sollten die Forderungen abgelehnt werden, so dürfte am 5. November der Ausstand eintreten.

## Ausland.

**Die Wiener Buchbinder** haben am Montag in den Betrieben, die der Vereinbarung mit den 24 kartellierten Unternehmern beitreten, die Arbeit aufgenommen. Ergänzend zu unserer gestrigen Notiz können wir mitteilen, daß sich nachträglich doch noch bis auf acht Firmen die übrigen bereit erklärten, die Bedingungen anzunehmen, die in gemeinsamer Verhandlung festgesetzt wurden. Am Montag fand abermals eine Konferenz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Bureau des Regierungsrates Dr. Kulla statt, in der die Unternehmer nochmals erklärten, die Abmachungen seien für die kartellierten Arbeitgeber bindend, und es werde in einer abends stattfindenden Versammlung der Unternehmer veranlaßt werden, daß die Arbeit unter den neuen Bedingungen bei den kartellierten Unternehmern anstandslos aufgenommen werden kann. So viel sich bis jetzt erkennen läßt, werden viele Buchbinder-Arbeiter entlassen sein, für deren Unterstüßung Vorkehrungen getroffen werden muß. Zugung ist noch immer fernzugeschoben!

**Die Streikbewegung in Westrußland.** Der große Streik von 2000 Webern in P e l o s t o l hat, wie im „Vorwärts“ berichtet wurde, nach einer zweimonatlichen Dauer zu einem Siege der Arbeiter geführt, jedoch wurde eine große Anzahl von Webern, welche sich an dem Streik beteiligt hatten, polizeilich aus P e l o s t o l ausgewiesen. Bedauerlicherweise ist während des Streiks ein Zwischenmeister erschoten worden und befinden sich gegenwärtig aus Anlaß dieses unglücklichen Ereignisses acht Arbeiter im P e l o s t o l e r Gefängnis in der Untersuchungsanstalt. Vor kurzer Zeit ist in D u n a b u r g nach einer Dauer von ein paar Wochen ein Streik von 180 T i s c h l e r n beendet worden, welche statt des 13-14stündigen den 9stündigen Tag forderten. Die Meister hatten sich an die Gendarmerei-Verwaltung um Hilfe gewandt, waren aber trotzdem genötigt, die Forderung der Arbeiter durchzuführen. In derselben Stadt dauert bereits seit drei Monaten ein Streik von 35 D a m e n s c h n e i d e r n. Die Arbeiter hoffen ihre Forderung — Verkürzung des Arbeitstages auf 10 Stunden — durchzuführen. In R o h i l e w wird gegenwärtig auch der Jesuitendagtag von 60 in Streik getretenen Gerbern gefordert. In K a l w a i j a und K o w o j e R e s t o, zwei benachbarten Flecken in der Nähe der preussischen Grenze, zieht sich bereits die dritte Woche ein Streik von 235 B ä r s t e n m a c h e r n hin. Diese, wie auch 35 in R i n d l in Streik getretene Wärsenmacher fordern eine Erhöhung ihrer Löhne. Außerdem stehen gegenwärtig in P e l o s t o l 85 S c h n e i d e r im Streik, welche gleichfalls eine Lohnerhöhung verlangen.

## Literarisches.

**Atlanticus.** Ein Blick in den Zukunftsstaat, Produktion und Konsum im Sozialstaat. Stuttgart 1898, Verlag von J. G. W. Drey Rast.

In theoretischer Hinsicht steht Atlanticus nicht gerade auf hoher Linie. Es fehlt ihm der historische Sinn, worunter ich nicht das Inbetrachtziehen historischer Momente verstanden wissen möchte, sondern die Auffassung alles werdenden als zeitlich und ursächlich bedingte Reuekung eines sich nach seinen eigenen Gesetzen vollziehenden Entwicklungslaufs. Das zeigt sich schon darin, daß Atlanticus alle realen Gegenstände unseres heutigen Gesellschaftslebens außer acht läßt und in seinen Anforderungen an den Zukunftsstaat von rein subjektiven Rührheitsermäßigungen ausgeht. Gleich die erste Seite seiner Einleitung liefert dafür einen Beweis, indem er dort hervorhebt, daß

\*) Wir haben die Schrift von Atlanticus schon in unserer Nummer vom 10. September d. J. besprochen. Die uns später zugegangene Rezension von H. C. beurteilt die Schrift von einem anderen Standpunkte, weshalb wir uns entschlossen haben, nach die vorstehende Besprechung zu veröffentlichen. Red. d. „Vorwärts“.

es für die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen nicht darauf ankommt, ob unsere Entwicklung zum Sozialismus treibt, wie weit die Betriebskonzentration vorgeschritten ist u. s. w., sondern auf den Nachweis, daß bei sozialistischer Regelung der Produktion „nicht nur allgemeiner Wohlstand eintreten, sondern auch die Arbeitszeit noch verkürzt werden kann“; eine Auffassung, die theoretisch auf Rührer zurückgeht, der auch glaubte durch Beispiele, und Rührheitsdemonstrationen die Welt zur Einführung seiner Phalanstieren-Wirtschaft bestimmen zu können.

Indes sind diese von Atlanticus in der „Einleitung“ und zum Teil auch im „Schluß“ entwickelten Anschauungen völlig Rebenzweige, sie könnten ebenso gut gänzlich fehlen; der Werth der Schrift liegt in dem Nachweis, daß schon nach dem gegenwärtigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte bei planmäßiger gesellschaftlicher Organisation der Produktion jedermann in Deutschland sich eines relativen Wohlstandes erfreuen könnte, und dieser Nachweis ist knapp und präzise unter Beibringung eines von allen Seiten zusammengeholten, außerordentlich reichhaltigen statistischen Materials erbracht. Racheinander nimmt Atlanticus sich die verschiedenen Industriezweige vor, untersucht die heute darin beschäftigte Arbeiterzahl, den Produktionsbedarf, die heute zur Herstellung eines bestimmten Produktionsquantums in den besseren Großbetrieben der betreffenden Branche erforderlichen Arbeitskräfte und zieht dann daraus sein Fazit. Es werden die Landwirtschaft und das Verkehrswesen untersucht. Dabei ist Atlanticus streng bemüht, nicht Ausnahmefälle als Regel zu setzen, und fäherlich dürfte sich ihm nachweisen lassen, daß er irgendwo die Produktionsverhältnisse zu günstig berechnet; eher trifft das Gegenteil zu. Der einzige Einwand, der meines Erachtens mit einiger Berechtigung erhoben werden kann, ist der, daß er in einzelnen Fällen, wo sich der behandelte Industriezweig wieder in eine Reihe Unterabteilungen gliedert, zu generell verfährt, d. h. die besonderen Verhältnisse dieser verschiedenen Unterabteilungen zu wenig berücksichtigt und sie zu summarisch nach den vorhandenen Angaben über einen einzelnen Betriebszweig beurteilt, so z. B. in der Papierfabrikation. Indes muß zugestanden werden, daß erstens zum Teil keine besseren Unterlagen für eine Berechnung vorhanden sind, und zweitens, daß durch solche Spezifikationen, soweit sich beurtheilen läßt, wenig an dem Gesamtergebnis geändert werden würde.

Die Schrift fällt eine Kade in unserer Literatur aus und wird sich voraussichtlich als äußerst werthvoll für die Agitation erweisen. Bisher ist oft von unseren Gegnern — gewöhnlich auf Grund der abernsten statistischen Zusammenstellungen — der Einwand erhoben worden, daß die Durchführung unserer Forderungen zu einem Zustand allgemeiner Armut führen müsse; hier nun ist klar und überzeugend der Beweis geliefert, daß diese Einrede nicht mehr ist als leeres Geschwätz.

Eingeleitet wird das Kleine Werk durch eine Vorrede von Kantshy, in der dieser auf die Bedeutung der Verrechnungen des Verfassers hinweist und zugleich in prägnanter Kürze seinen abweichenden Standpunkt in der von Atlanticus aufgeworfenen Zukunfts-Kolonialfrage darlegt. H. C.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Die Volksversammlung,** die zu Mittwoch Abend nach dem Keller'schen Saale in der Kloppestraße einberufen war, war von Tausenden besucht. Ungezählte Schaaren mußten umhertreiben, da der Saal wegen Ueberfüllung um 1/28 Uhr polizeilich gesperrt wurde. W e b e l sprach unter stürmischem Beifall über „Attentate und Sozialdemokratie“. Seine zweieinhalbstündige Rede, die in der Einleitung die Scheidelinie zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus scharf markierte, gipfelte in einer Resolution, die scharfen Protest gegen jeden Versuch erhebt, den Neuwahlmord in Genf zu ausnahmsweise gesetzlich festgesetzten Regeln gegen oppositionelle Parteien in Deutschland zu verurtheilen. Der Konferenz gegen die Anarchisten wird darin der Rath erteilt, dort zu lehren, wo der Schmutz dergestalt liegt. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Nachdem in der Diskussion L a n d a u e r eine Vertheidigung des Anarchismus und die Psychologie der Attentate zu geben versucht hatte, wurde nach einem Schlusswort W e b e l ' s die Versammlung mit einem stürmischen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

**Breslau, 2. November. (W. G.)** In der Prozession der hiesigen Privat-Postanstalt „Hansa“ gegen den Postfiskus entschied, wie der „Breslauer Generalanzeiger“ mittheilt, das hiesige Ober-Landesgericht, daß die Benutzung des Telephons an die „Hansa“ freigegeben werden müsse. Das Gericht nahm also nicht an, daß die „Hansa“, wie die Postbehörde behauptet hatte, die Benutzung des Telephons gegen Entgelt gestattet habe. Nur für Botengänge hatte die „Hansa“ Entschädigungen von den das Telephon benutzenden Personen erhalten. Die Privat-Postanstalt „Hansa“ hat ein Urtheil auf vorläufige Aufhebung der Entziehung des Telephons erwirren.

**Wien, 2. November. (W. G.)** Der Sozialist Rechenberg aus Sachsen-Weimar wurde heute in geheimer Sitzung vom hiesigen Landgericht wegen Beleidigung des kaiserlichen Hauses zu zehn Monaten Kerker verurtheilt. Derselbe hatte sich zustimmend über die Mordthat Kuchel's geäußert.

In der deutschen Sozialdemokratie ist kein Parteigenosse dieses Namens bekannt.

**Paris, 2. November. (W. T. W.)** Die drei Zeitungsverläufer, welche am 18. September an Anstiften des Präsidenten der Antisemitenliga, Guérin, den Redakteur des Blattes „La grande bataille“, Philibert Roger mit Anstiften mißhandelt hatten, werden sammt Guérin als ihrem Mitschuldigen vor das Schwurgericht gestellt werden.

**Paris, 2. Novbr. (W. T. W.)** Der „Temps“ bespricht die Fashodafrage und sagt, es sei schwer zu glauben, daß die englische Regierung plötzlich die Verhandlungen abbrechen, die Fassung einer beinahe abgeschlossenen Vereinbarung zurückweisen und eine brutale Aufforderung an Frankreich erlassen werde. Man müsse gleichwohl alles vorantreiben, sich auf alles vorbereiten. Es gäbe aber diplomatische Siege, welche schwer gebührt werden. Wenn England seinen augenblicklichen Vorzög mißbrauchen und Frankreich demüthigen sollte, so laufe es Gefahr, eine Aenderung der internationalen Konstellation herbeizuführen, welche seinen wirklichen Interessen stracks zuwiderlaufe. An anderer Stelle erklärt der „Temps“, man müsse angesichts der unersöhnlichen Haltung Englands die Eventualität ins Auge fassen, daß Frankreich Fashoda einfach verläßt, ohne daß Frankreich die Räumung zum Gegenstand irgend welchen Festschens mache.

**London, 2. November.** Dem „Henter'schen Bureau“ wird aus Weihaiwei gemeldet, alle sieben dort liegenden englischen Kriegsschiffe würden in vollständig kampfbereitem Zustande gehalten; die Panzerschiffe „Victorious“ und „Undaunted“ nähmen in Tschifu eine vollständige Kohlenladung ein. Derselbe Meldung behauptet, daß ein großes russisches Geschwader in Port Arthur liege.

**Cadix, 2. November. (W. T. W.)** Der transatlantische Dampfer „Montserat“, von Gibara kommend, ist gestern Abend mit 1498 Mann an Bord eingetroffen, die in die Heimath zurückgebracht werden. Während der Ueberfahrt starben 68 Mann. Die Zahl der Erkrankten übersteigt 800. Der Chef der amerikanischen Sanitätsbehörden auf Ruba hatte auch die Einschiffung der schwererkrankten, ja sogar einiger in der Agonie liegender Soldaten verlangt.

**Catania, 2. November. (W. T. W.)** Heute Mittag gegen 11 1/2 Uhr wurde hier ein leichter Erdbebenstoß wahrgenommen. In Mäno, Caltagirone, Biancavilla und Granmicale wurde derselbe sehr stark verspürt, sodah die Bevölkerung in Schrecken versetzt ist.

**Petersburg, 2. November. (W. T. W.)** Heute wurde ein Geleß veröffentlicht betreffend Gründung einer bedrängten Ackerbau-Kolonie auf dem Gute des Barons Horace Guenzburg Dshenan Wlad in Westsibirien. Das 300 Desjatinen große Gut wird zur Ansiedelung ackerbaureibender Hebräer parzellirt, wobei die Ansiedler während der ersten vier Jahre keine Abgabe zu zahlen brauchen.

**Warschau, 2. November. (W. G.)** Bei der Station Lufoz stießen zwei Eisenbahnzüge zusammen. Fünf Personen fanden dabei den Tod und mehrere wurden schwer verletzt. Eine Lokomotive und acht Waggons gingen in Trümmer.



**Lokales.**

**Am die Arbeiterschaft Berlins!** Montag, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, findet in Keller's Festsaal, Stoppstraße 20, eine Volksversammlung statt, in der Stadtverordneter Paul Singer das Thema: „Übernahme der Elektrizitätswerke in städtische Regie“ behandeln wird. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erheischt eine rege Beteiligung der Berliner Arbeiterschaft. Es wird daher ersucht, zu diesem Tage keine weiteren Gewerkschafts- oder politischen Versammlungen einzuberufen. Die Vertrauenspersonen.

**In der „Schrippenkirche“** des Vereins „Dienst an Arbeitslosen“ sind im Winter 1897/98 an 82 Sonntagen 23 888 männliche meist obdachlose Personen (in den Vorjahren 1896/97 und 1895/96 an ebenso vielen Sonntagen 17 683 bzw. 14 886) mit Frühstück und nachfolgender Andacht bewirtet worden. Die „Jugendhilfe“, die gewissermaßen den praktischen Teil der Arbeit des Vereins bilden soll und auf die nach jeder Andacht hingewiesen wird, ist 1897/98 von 1884 Personen (in den Vorjahren von 1874 bzw. 1766) besucht worden. Sie wird, da sie während des ganzen Jahres in Tätigkeit bleibt, auch von solchen in Anspruch genommen, die nicht in der „Schrippenkirche“ waren. Die Unterstützung sollte, nach der ursprünglichen Absicht der Begründer der „Jugendhilfe“ (die erst seit 1893 besteht), vornehmlich Beschaffung von Arbeitsgelegenheit sein. Man hat aber den Hilfesuchenden bisher immer nur in sehr beschränktem Umfange Arbeit beschaffen können. Auch im Jahre 1897/98 (1. Juli bis 30. Juni) sind nur 165 Personen durch den Verein in Arbeit gebracht worden; davon wurden 2 in die Lehre gegeben, 28 erhielten in Berlin und 135 auswärts Beschäftigung. Außerdem wurden 107 Personen am Stellenvermittlungskomptoire gewiesen und durch diese ebenfalls außerhalb Berlins untergebracht. Die meisten derjenigen, die so durch den Verein bzw. durch die Vermittlungskomptoire in die Provinzen verschickt wurden, dürften als Landarbeiter Beschäftigung gefunden haben. Der Verein „Dienst an Arbeitslosen“ läßt es sich nämlich ebenso wie der „Verein zur Besserung der Strafgefangenen“ angelegen sein, Ostelbien mit billigen Landarbeitern zu versorgen, wobei in der Regel nicht viel danach gefragt wird, ob sich die auf diese fragwürdige Art untergebrachten Personen durch ihre Vorbildung und ihren früheren Beruf überhaupt dazu eignen, den Hofgänger zu spielen. Die „Jugendhilfe“ bittet direkt, offene Arbeitsstellen, namentlich auf dem Lande, bei ihr anzumelden. Die sonstige Hilfe, die sie ihren Schülern gewähren kann, besteht in Ueberweisung an die Arbeiterkolonie (102 Personen im letzten Jahre), in vorübergehender Verpflegung und Obdach, in Ueberlassung alter Kleidungsstücke, Beschaffung von Papieren, Verbindung mit den Angehörigen, Auslegung von Reisegeld u. s. w. Auch von 659 erfolglosen „Hilfesuchungen“ weiz der letzte Jahresbericht zu melden.

**Die Beleuchtung der städtischen Parkanlagen** während der Sommermonate in den Abendstunden, welche die städtische Parkdeputation vor kurzem im Prinzip genehmigt hat, wird der Stadtgemeinde nach den Berechnungen des Stadtelektrikers Dr. Kallmann verhältnismäßig wenig Unkosten angedeihen lassen. Die Beleuchtung dieser Parkanlagen verursacht die Beleuchtung des Friedrichshain ist nach der Ausstellung des Dr. Kallmann durch 64 Vogenlampen vorgegeben, welche auf ornamental ausgeführten Standleuchten anzubringen sind und sich in Abständen von 60 Metern unter einander befinden. Hierdurch sollen mehr als 5 Kilometer Promenadenwege den abendlichen Besuchern erschlossen werden. Insbesondere auch ist hierbei die Benutzung des großen Spiel- und Turnplatzes des Friedrichshain für abendliche Benutzung gewonnen. Die Kosten für das Projekt, bei welchem es sich um eine Beleuchtung in dem Sommerhalbjahr bis etwa 11 1/2 Uhr abends handelt und bei welchem die wichtigsten und interessantesten Parkpartien berücksichtigt sind, würden eine einmalige Ausgabe von circa 20 000 M. erfordern, während die jährlichen Betriebskosten etwa die Summe von 8000 M. betragen würden.

**Die volkshümlichen Hochschulkurse** sind am Dienstag Abend mit dem von Herrn Professor Dr. Schmoller im Friedrich-Werder'schen Gymnasium gehaltenen Vortrag über Handelspolitik erfolgreich eingeleitet worden. Die Aula war zum Erdrücken von einer wühbegierigen Zuhörerschaft gefüllt, die sich aus den verschiedensten Berufsständen zusammensetzte. Außer Beamten und akademischen Lehrern erblickte man eine stattliche Anzahl jüngerer Personen aus den mannigfachen Zweigen des Handelsberufs, und neben diesen traten wiederum die intelligenteren Arbeiterschaft, wenn auch nicht so stark, wie wir es erwartet hatten, im Auditorium hervor. Gleich dem männlichen Proletariat bildeten aber auch die in bemerkenswerther Anzahl erschienenen weiblichen Zuhörer einen lebendigen Protest gegen die in den letzten Tagen auch von uns erwähnten Weherufe der Dunkelkammer, die ja in jedem Versuch, die Bevölkerung auf eine höhere Stufe der Bildung und Gesittung zu erheben, mit recht einem verhängnisvollen Eingriff in ihre Interessensphäre wittern. Bei dem Hauptanwurf dieser Herren, daß die Hochschulkurse ebenfalls zur Förderung der Halbgebildeten dienen müßten, verteilte auch Prof. Schmoller einige Zeit. Gewiß, sagte er in seiner einleitenden Ansprache, ist die Möglichkeit vorhanden, daß bei diesem oder jenem Zuhörer die bedauerlichen Folgen dunkelhafter Halbgebildetheit eintreten können. Aber diese Möglichkeit ist nicht allein in dem jetzt von einer Anzahl Universitätslehrer gegründeten Unternehmen gegeben, sondern in allen Versuchen, das Volkswissen zu fördern und zu vervollständigen. Und tatsächlich ist der den Hochschulkursen gegenüber erhobene Vorwurf in gewissen Kreisen ja auch gegen alle anderen Bildungsbestrebungen, so gegen die Fortbildungsschulen, ja selbst gegen die Volkshochschule laut geworden. Weiter betonte Herr Schmoller das Bestreben der Vortragenden, sich nach Kräften von einer Stellungnahme zu politischen und sozialen Parteibestrebungen fernzuhalten; ganz so meint er mit recht, werde dieser Grundlag sich allerdings auf keinen Fall durchführen lassen.

Es würde zu weit führen, wollten wir auf alle Einzelheiten der beachtenswerten Ansprache und auf den Vortrag selber auch nur oberflächlich eingehen. Der politische und soziale Standpunkt des Herrn Schmoller ist gerade unserer Leserschaft aus vielfachen Mitteilungen einigermaßen bekannt. Sind die Differenzpunkte zwischen ihm und uns auch gewiß sehr viel zahlreicher als die Verbindungsstücke, so hindert uns das nicht, in Herrn Schmoller den hervorragenden Nationalökonom zu sehen. Die geschichtliche Darstellung der Entwicklung, der zeitweiligen Förderung und zeitweiligen Vernachlässigung des Proletariats war besonders dadurch interessant, daß Herr Schmoller sich nicht auf ein trodenes Aneinanderreihen beschränkte, sondern auch seine persönlichen Anschauungen vortrug und gegen die von ihm für falsch gehaltenen Richtsalsfreihandels- Theorie in wohlbedachten Wendungen zwar, aber darum doch nicht minder kräftig zum Hieb ausholte. Nach Schmoller läßt sich die Streitfrage ob Schutzoll oder Freihandel nicht vom Standpunkte des Doktrinars abhaken, sondern muß je nach dem Zustande der ökonomischen Entwicklung eines Landes von Fall zu Fall erörtert werden.

Es war am ersten Abend erklärlich, daß die im Programm vorgesehene Diskussion noch nicht recht in Fluß kommen wollte. Wir glauben aber nicht, daß Herr Schmoller sich täuschte, als er der Hoffnung Ausdruck gab, daß dieser Mangel sich bald heben werde. Wir sind besonders von einer lebendigeren Gestaltung der Vortragskurse überzeugt, weil wir die Erwartung hegen, daß die Arbeiterschaft ihnen bald die gebührende Beachtung spenden wird.

**Die Ausbaggerung des Reinickendorfer Sees** ist gestern von der städtischen Sanitätsdeputation beschlossen worden.

**Die Subkommission der Deputation**, welche sich mit der Petition wegen der Fleischtheuerung zu befassen hat, stellte in ihrer gestrigen Sitzung den Wortlaut des Entwurfs fest, der in acht Tagen der betreffenden Deputation vorgelegt werden soll.

**Der Verein Berliner Volkshochschullehrerinnen** hat in diesen Tagen eine Petition an den Magistrat von Berlin gerichtet, worin dieser ersucht wird, in Gemeinschaft mit den Magistraten anderer Städte der Provinz bei dem Justizminister dahin vorstellig zu werden, daß durch gesetzliche Bestimmungen städtisch verwahrloste Kinder künftig aus der Volkshochschule entfernt und in staatlich beaufsichtigte Pflegsorge übergeben werden.

**Die städtische Schuldeputation** hat unter Vorsitz des Bürgermeisters Richter beschlossen, gegen die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums, wonach den jüdischen Lehrerinnen das Klassenordinariat in dem Falle abzunehmen ist, daß sich unter der Zahl der Schülerinnen nicht wenigstens zehn Kinder jüdischen Glaubens befinden, vorstellig zu werden.

**Stadtsstatistik.** Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Oktober cr. 37 Familien mit 150 Personen, darunter 18 Säuglinge, und 55 Einzelpersonen. Am 1. November war der Bestand 34 Familien mit 104 Personen, darunter 17 Säuglinge, und 61 Einzelpersonen. Das Asyl für nächtliche Obdachlose dafestil benutzten im Laufe des Monats Oktober 16 206 Personen, und zwar 15 144 Männer, 1062 Frauen. Von diesen Personen wurden 21 dem Krankenhaus Friedrichshain, 48 dem Krankenhaus Roabit, 14 der Charitee, 40 der Anstalt für den Obdachlosen, 2 der Anstalt Wuhlgarten überwiesen, 279 (275 Männer, 4 Frauen) der Polizei vorgeführt. Gebadet haben während des Monats Oktober 8578 Personen.

**Ein Geschenk an die Berliner Hausbesitzer** ist die Folge des jetzigen Zustandes im Müllabfuhrwesen. Die Müllabfuhrplätze haben schon in früheren Jahren einen Fehlbetrag ergeben. Jetzt erhebt der Magistrat für die Tonne = 20 Zentner Müll eine Gebühr von 1.00 M.; zahlt aber an den Unternehmer Tabbert für den Schiffstransport des Mülls nach Eppenhagen 2.40 M. für die Tonne, also 50 Pf. mehr als die Selbstkosten. Da nach den Mitteilungen einer Deputation der Hausbesitzer-Vereine an den Minister des Innern zur Abfuhr des Mülls täglich 200 Waggons à 10 Tonnen = 2000 Zentner nötig sein würden, so wäre die täglich abzuführende Müllmenge auf 40 000 Zentner = 2000 Tonnen zu berechnen. Den Hausbesitzern würden also täglich 1000 Mark von Stadt wegen gesenkt, ganz abgesehen von den Kosten des Platzes und seiner Verwaltung. Sind die Einwohner Berlins verpflichtet, ein solches Geschenk den Hausbesitzern, die für die Müllabfuhr zu sorgen haben, aus allgemeinen Mitteln zu gewähren? Warum werden die Gebühren nicht so erhöht, daß sie die Selbstkosten decken?

**Das Polizeipräsidium** theilt mit: Unter den Sachen eines mit langjähriger Zuchthausstrafe bestraften Mitgliedes der Einbrecherbande Seibt u. Genossen, welche vor Jahren durch ihre verwegenen Einbrüche im Hansa- und Potsdamer-Viertel Aufsehen erregten und 1895 zur Aburteilung gelangten, ist ein goldener, an beiden Rändern eiserner Ring mit blauem Türkis, innen gezeichnet M. M. O. d. J. Ue 176 gefunden worden. Personen, welche über die Herkunft dieses Ringes Angaben machen können, werden ersucht, sich im Zimmer 820 des Polizeipräsidiums (Kriminalabteilung) in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr einfinden zu wollen.

**Ein Lotterieschwindel**, der in Russland seinen Ausgangspunkt hat, führte hier in Berlin zur Verhaftung zweier Personen, die sich demnach in dieser Sache wegen Beihilfe zu großer Urtüdensfälligkeit, bezw. wegen Betruges zu verantworten haben. Der in Marwa (Russland) wohnende jüdische Kaufmann J. kam auf die lukrative Idee, für eine gar nicht existierende Danziger Geldlotterie sich Lose in Berlin anfertigen zu lassen und in den westlichen russischen Gouvernements an den Mann zu bringen. Als Helfershelfer diente ihm sein in Berlin als Kaufmann lebender Schwager, der die Lose bei dem Buchdrucker D. in der Alexanderstraße anfertigen ließ. Die Lose wurden nach dem Muster der sächsischen Staatslotterie angefertigt, hatten für jede Ziehung eine besondere Farbe und wiesen auf der Rückseite neben dem amtlichen Gewinnplan die Bemerkung auf, daß etwaige Gewinne, die nach einer dreißigtägigen Frist nach Beendigung der Ziehung nicht abgehoben seien, verfallen wären. Das Nummerieren der Lose geschah erst in Russland durch den Auftraggeber. Von Berlin wanderten die Lose — 17 bis 20 000 für jede Ziehung — in einer Kiste als Galanteriewaaren bis nach Jassow an der russischen Grenze, wo sie ein Spektier in Empfang nahm und nach Russland einschmuggelte. Dieses Geschäft ist fast zwei Jahre lang betrieben mit einem Umsatze von etwa einer Million Mark. Schließlich kam die Sache zur Kenntniß der Polizei in Allenstein, die die hiesige Polizei mit den erforderlichen Recherchen betraute. Infolge dessen wurde gestern nicht nur der Drucker D., der ohne Gehilfen arbeitete und lediglich über eine mit Handtrieb arbeitende Maschine verfügt, sondern auch der Schwager des russischen Schwindlers verhaftet. Angefertigt sind bisher Lose für 650 M. zu 20 Ziehungen, so daß der Schwindel einen hohen Betrag einschließt, selbst wenn jedesmal nur ein Teil der Lose abgesetzt wurde. Jedenfalls hat der Schwindler, um seine Opfer zu täuschen, Gewinnlisten herausgegeben mit Nummern, die stets in seinem Besitze verblieben, so daß die Losabnehmer durchweg leer ausgingen.

**Verkehrsstörungen** im Betriebe der elektrischen Straßenbahnen gehören immer noch zu den täglichen Erscheinungen. Als gestern Mittag kurz nach 12 Uhr der von Schönberg nach dem Alexanderplatz fahrende Wagen Nr. 1220 an der Ecke der Potsdamer- und Winterfeldtstraße vom Oberleitungs- zum Sammlerbetrieb übergehen wollte, brannte beim Umschalten eine Bleifederung aus. Der Wagen blieb stehen, und hinter ihm sammelten sich nach und nach acht oder neun andere an. Zwei Frauen, die ihren Männern das Mittagessen auf den Arbeitsplatz brachten, verlangten das Fahrgeld zurück. Sie erhielten es nicht, sondern wurden damit vertrieben, daß es schon bald wieder weiter gehen werde. Da es den Frauen aber doch zu lange dauerte, so stiegen sie endlich ohne den Groschen aus. Raum waren sie nur einige Schritte gegangen, da legte sich der Wagen, nachdem man in ungefähr einviertelstündiger Arbeit den Schaden ausgebessert hatte, wieder in Bewegung. Die Frauen verlangten nun, daß er halte und sie wieder aufnehme, der Schaffner wies sie jedoch mit dem Bedauern zurück, daß er bis zur nächsten Haltestelle fahren müsse. So kamen die Frauen nicht mit und waren ihr Geld los. Das Publikum lachte sie obendrein aus, sehr zu Unrecht, denn man sollte nicht vergessen, daß, abgesehen von dem Geldverlust, eine Viertelstunde in der Mittagspause eines Arbeiters eine Rolle spielt, und daß jede Minute, die die Frau länger als dringend nötig vom Hause abwesend sein muß, vielleicht kleinen Kindern in der Wohnung verhängnisvoll werden kann.

**Der Schreiber Bruno Werner**, der in Gemeinschaft mit dem Lausitzeren Große seinerzeit den Justizrath Lewy ermordete, ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, jetzt im Gefängnis zu Wismar gestorben.

**In die Spree gesprungen** und ertrunken ist in der Nacht zum Mittwoch ein unbekanntes junges Mädchen. Die Lebensmüde, die höchstens 20 Jahre alt gewesen zu sein scheint, stürzte sich gegen Mitternacht von dem Wege, der am Schlossgarten von Bellevue entlang führt, in die Flußthür. Augenzeugen gelang es zwar, sie noch lebend herauszuholen, sie starb jedoch bald darauf. Die junge Selbstmörderin trug eine grüne Taille, einen schwarzen Rock, einen schwarzen Hüßhut, schwarze Strümpfe, niedrige Lederschuhe, einen blauen, einen schwarzen und einen blauweißgestreiften Unterrock und weiße Wäsche.

**Aus den Nachbarorten.**

**Charlottenburg.** Laut Beschluß der letzten Generalversammlung des Wahlvereins kann jedes Mitglied, welches durch Vorzeigung seines Mitgliedsbuches bestätigt, daß es mit seinen Beiträgen nicht im Rückstand ist, das Protokoll des Stuttgarter Parteitag in den bekannten Wahlstellen entgegennehmen. Der Vorstand.

**Johannisthal, Nieder-Schönebeck!** Der Arbeiter-Bildungsverein hält Sonnabend Abend 8 1/2 Uhr seine Versammlung bei Senfleben ab. Herr Dr. V. Vorchardt hält einen Vortrag über das Thema: „Etwas von dem, was uns die Fernrohre erzählen.“ Gleichzeitig machen wir bekannt, daß die Ausgabe der Willems zum Besuch der Dreptow-Steuernachfolger erfolgt. Gäste willkommen. Am regen Besuch bittet Der Vorstand.

**Stralau.** Den Genossen und Genossinnen hiermit zur Nachricht, daß am Sonntag, nachm. 1 1/2 Uhr, hier selbst im Lokale des Herrn Gursch, Dorfstr. 5, eine Parteiversammlung stattfindet. In derselben wird der Genosse Sonnenburg aus Friedrichshagen einen Vortrag über: „Die Reaktion an der Arbeit“ halten. Ferner wird Bericht und Neuwahl der Vertrauensperson, der Revisoren und der Lokalkommission stattfinden. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Die Vertrauensperson.

**Ueber ein Mordverbrechen** wird aus Schöneberg berichtet: Die Wittwe Auguste Harich hat in dem Hause Hauptstraße 125 in Schöneberg eine aus zwei Stuben und Küche bestehende Kellervohnung inne, von denen sie zwei Räume an Schläsburgen vermietet. Einer der Schläsburgen ist der Sattler August Reichert, der seit etwa zwei Jahren bei der H. wohnt. Zwischen beiden hatte sich im Laufe der Zeit ein intimeres Verhältnis entsponnen, aus dem nun M. Rechte auf die H. herleitete. Zwischen dem dem Trunke ergebenen Sattler und seiner Wirtin kam es häufig zu Streitigkeiten, die mitunter einen tumultuarischen Charakter annahmen; so auch vorgefemern Nachmittags. Reichert kam am Dienstag gegen 3 1/2 Uhr in böllig trunkenem Zustande nach Hause und verlangte von Frau Harich Geld. Er hatte sich in der Destillation vollständig verausgabt und noch Schulden zu bezahlen. Die Wittwe weigerte sich, dem nachzukommen und erklärte, dafür Sorge tragen zu wollen, daß ihm, dem M., in den Gastwirthschaften nichts mehr verabfolgt werde. Es kam zwischen beiden nunmehr zu Thätlichkeiten, in deren Verlauf Reichert mit einem Sattlermesser der Harich zwei Stichwunden in der Brust und am Halse beibrachte. Durch den Stich in den Hals war auch die Schlagader verletzt worden, jedoch die Schwerverwundete stark blutend zusammengebracht. Als der Trunkenbold sein Opfer im Blut am Boden liegen sah, wurde er soweit ernüchert, daß er die Folgen seiner Handlungsweise erkannte. Er suchte infolge dessen sich selbst zu tödten. Mit dem Sattlermesser brachte er sich am Unterleib sieben Schnittwunden bei und öffnete sich außerdem die Pulsader der linken Hand. Die Harich wurde nach dem Krankenhaus am Urban, Reichert nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Infolge des starken Blutverlustes ist bei beiden nur wenig Hoffnung auf Wiederherstellung vorhanden.

**Bahnhofsdiebe.** Wegen fortgesetzten Diebstahls an Eisenbahnwägen sind am Dienstag auf dem Lehrter Güterbahnhof in Spandau drei Bahnarbeiter, die dort seit einer Reihe von Jahren beschäftigt sind, verhaftet worden. In einem Falle haben sie nachts einen Güterschuppen erbrochen und einen großen Posten Zigarren gestohlen. — Auch an der neu eröffneten Bahn Döbenußen-Brickren treiben Vohnhofräuber ihr Unwesen. In Blumberg wurde in voriger Woche ein Einbruch vollführt, desgleichen in Seefeld. In einer der letzten Nächte stahlten die Räuber dem Stationsgebäude in Tiefensee einen Besuch ab. Sie stöberten alles durch und schleppten schließlich den eisernen Geldschrank in den Wald, wo sie ihn seines Inhaltes beraubten. Es fielen den Einbrechern dabei über 60 M. in die Hände. Die Gendarmerei bemüht sich bisher vergeblich, um den Verbrechern auf die Spur zu kommen.

**Ein schweres Verbrechen** ist Sonntag Nacht in dem einsam an der Chaussee nach Potsdam gelegenen Gasthof „Deutsche Erde“ zu Spandau begangen worden. Dort wohnt eine Anzahl Erdarbeiter, die beim Nieselselberbau der Stadt Charlottenburg beschäftigt sind. In einem Raume nächtigten auf Strohvier Mann. Zwei davon schmiedeten den Plan, ihre beiden Gefährten im Schlaf zu berauben. Sie überfielen erst den einen, schlugen ihn halb todt und nahmen ihm seine Waarschaft weg. Bevor der andere flüchten konnte, machten die wüsten Gesellen sich über ihn her, würgten ihn und versuchten ihn, da er verzweifelt Gegenwehr leistete, zu erdroffeln. Es gelang ihm schließlich noch zu entkommen, nachdem er sein Geld und seine Wäsche in den Händen der Räuber zurückgelassen hatte. Nur halb bekleidet kam er morgens in der Stadt an; die von dem Vorgang in Kenntniß gesetzte Polizei verhaftete die Räuber am folgenden Tage. Unter den Nieselselberarbeitern drangen übrigens, wie der „Berl. Ztg.“ berichtet wird, am Montag Unruhen aus, welche wieder das Einschreiten der Spandauer Polizei erforderlich machten. Aus welchem Grunde die Unruhen entstanden sind, wird nicht berichtet.

**Geriichts-Beitrag.**

**Der gestern** vor der I. Strafkammer des Landgerichts I. angefaßt gewesene Termin in der Strafsache gegen Ella Solz, in welcher das Reichsgericht das auf drei Monate Gefängniß lautende Urteil vernichtet hat, ist infolge der längeren Dauer des Prozesses Harden aufgehoben und auf den 30. November verlegt worden.

**Vom „Egen“** der vierzehntägigen Lohnzahlung. In den meisten Staats-Verkäufen besteht seit langem der von den Direktionen eingeführte Brauch, daß die Arbeiter ihren lauer verdienten Lohn dem Unternehmer Staat bis zur Dauer von 14 Tagen kreditiren müssen. Alle Bemühungen der Arbeiter um Festsetzung der achtzehntägigen Lohnzahlung, prallten bisher an dem Widerstand der Bureaokratie ab. In welchen häßlichen Erscheinungen die Leiber auch in vielen Privatbetrieben übliche vierzehntägige Entlohnung führt, zeigt eine Angelegenheit, die gestern das Ober-Verwaltungsgericht beschäftigte. Die Polizeidirektion von Danzig hatte dem Gastwirth Brand das Kreditiren von Schnaps und Bier als Förderung der Böllerei angerechnet und deshalb gegen diesen Mann auf Entziehung der Konzession geklagt. Der Polizeidirektor betonte besonders, daß ein Schmiel Nr. aus der Brand'schen Schänke stets betrunken nach Hause gekommen sei. Der Bezirksauschuß veranstaltete eine umfangreiche Beweiserhebung. Einige Gäste aus bürgerlichen Kreisen stellten dem Gastwirth das beste Zeugniß aus. Außerdem wurden viele Arbeiter der Schiwauschen und der kaiserlichen Werk vernommen, denen Brand Kredit gegeben hatte. Die Vernehmung dieser Personen ergab, daß sich unter ihnen ein förmliches Kredit-system herausgebildet hatte. Einer übernahm es immer für mehrere, Schnaps, Bier und Zigarren auf Kredit heranzuschaffen. Der Junge W. versorgte auf diese Weise eine zeitlang allein zwölf Kollegen. Alle vierzehn Tage wurde bezahlt, da die Werkstarbeiter nur alle vierzehn Tage ihren Lohn ausgezahlt erhielten. Wenn einer für mehrere eintrat, dann haftete er auch für diese; sie waren seine Schuldner. Der Junge W. hatte sich ein „Kreditbuch“ zugelegt. Der Kredit der einzelnen Vetheiligten belief sich alle vierzehn Tage auf durchschnittlich 4,50 M. Einer der vernommenen Werkstarbeiter erklärte, er und seine Kollegen seien zur Vornahme solcher Kredite gezwungen, weil sie nur alle vierzehn Tage den Lohn erhielten. Der Bezirksauschuß wies das Verlangen der Polizeidirektion zurück. Ein Mißbrauch des Schankgewerbes zur Böllerei sei nicht erwiesen. Allerdings sei es nicht zu billigen, daß Brand Kredit ge-



geben habe. Es scheint aber doch, daß dieser Mißstand darauf zurückzuführen sei, daß die Arbeiter nur alle vierzehn Tage entlohnt wurden. Dieser Umstand lasse die Handlungsweise des Brand in einem anderen Lichte erscheinen. Auch seien die Beträge nicht übermäßig hoch. Die Polizeidirektion legte Berufung ein und gab eine glaubhafte Darstellung von der angeblich in Danzig herrschenden Trunksucht. Das Ober-Verwaltungsgericht verwarf die Berufung und Präsident Kommerl führte aus, daß der Gerichtshof sich der Auffassung des Bezirksausschusses angeschlossen habe.

**Wegen Vergehens gegen die §§ 10 und 41 des preussischen Verfassungsgesetzes** waren die Parteigenossen Brackmann und Meyerstrah angeklagt worden. Sie hatten in einer rheinischen Gemeinde Flugblätter verbreitet. Die Anklage warf ihnen vor, daß sie die Schriften öffentlich verteilt hätten, ohne im Besitze der hierfür in § 10 des genannten Gesetzes vorgeschriebenen polizeilichen Erlaubnis gewesen zu sein. Das Schöffengericht stellte fest, daß die Angeklagten hier und da die Druckmaschinen durch Thürspalten geschoben und zum geöffneten Fenster in die Wohnräume hineingeworfen hätten. Darin erblickte das Gericht ein Vertheilen auf öffentlicher Straße und verurtheilte deshalb die Angeklagten zu Geldstrafen von je 10 M. Ihre Berufung wurde vom Landgericht zurückgewiesen. Rechtskammer Dr. Herzfeld legte dann für die Angeklagten die Revision beim Kammergericht ein und machte in der Verhandlung vor dem Strafenat folgendes geltend: Ein Vertheilen auf öffentlicher Straße sei es nicht, wenn man Schriften durch Thürspalten stecke oder zu offenen Fenstern hineinwerfe, denn man komme ja dabei gar nicht mit dem Publikum, das die Straße passire, in Berührung. Dies wäre aber ein Haupterforderniß für die Anwendung der §§ 10 und 41. Im übrigen seien diese Paragrafen nicht mehr ihrem ganzen Inhalte nach rechts-gültig, sie würden durch das Reichs-Preßgesetz modifizirt. Sie seien nur noch anwendbar, soweit es sich um Plakate, Aufhänge und Bekanntmachungen handele. Daß aber die betreffenden Druckmaschinen solche darstellten, hätten die Vorderrichter nicht festgestellt. Der Oberstaatsanwalt erklärte das Fehlen einer solchen Feststellung auch für einen Mangel, der zur Aufhebung der Vorentscheidung führen müsse. Der Strafenat erkannte die Ausführungen des Anwalts als zutreffend an, hob die Vorentscheidung auf und sprach die Angeklagten frei.

**Lokomotivführer als Waldverfehrer.** Das Ober-Verwaltungsgericht erledigte ein Konfliktverfahren, an dessen Ausgange alle preussischen Lokomotivführer das größte Interesse haben. Die Lokomotivführer Art und Mauer wurden wegen Vergehens gegen das Forstpolizei-Gesetz mit Strafmandaten von je 5 M. belegt. Man warf ihnen vor, daß sie im Walde glühende Gegenstände unvorsichtig gehandhabt hätten. Zur Begründung dieses Vorwurfs konnte der zuständige Amts-vorrichter, der Dramenburger Oberförster, nur aufführen, daß bei Dramenburg und Lehms am Waldbrande auf den sogenannten Schugstreifen der Nordbahn kleinere Brände stattgefunden hätten, nachdem die von den Beschuldigten geführten Personenzüge vorüber-gelassen wären. Art und Mauer beantragten richterliche Entschädigung. Bevor es dazu kam, erhoben die Eisenbahn-Direktionen Berlin und Stettin zu gunsten ihrer Angestellten den Konflikt, indem sie geltend machten, die beiden Beamten hätten weder ihre Amtsbefugnisse überschritten, noch sich der fahrlässigen Unter-laffung einer Anzeigepflicht schuldig gemacht. Der Ober-Staatsanwalt und der Strafenat des Kammergerichts gaben ihr Gutachten dahin ab, daß der Konflikt begründet sei, da für die Annahme einer Unvorsichtigkeit jeder Anhalt fehle. Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte dem auch den Konflikt für be-gründet, so daß das Strafverfahren gegen die Lokomotivführer endgiltig eingestellen ist.

**Auf bedeutlich schwachen Füßen** stand eine Anklage gegen den Maurer Gustav Domke aus Berlin, welche gestern vor dem Schöffengericht am Amtsgericht II zur Verhandlung gelangte. Der Angeklagte soll in Gemeinschaft mit dem Maurer Lebbe — welcher in die Freundschaft gegangen und seither vergeblich gesucht worden ist — den Maurerpolster Heinsdorff beleidigt und mit dem Verbrechen des Todtschlages bedroht haben, und diese Vergehen sollten ein Kussfuß einer Streikbewegung gewesen sein und deshalb im Lichte des § 153 der Gewerbe-Ordnung stehen. Wie der Polster Heinsdorff zeugensichtlich erklärte, hatte er einen Neubau auf dem Kirchhofe der vereinigten Andreask- und Mariengemeinde in hohen-Schönhausen zu leiten. Am 5. November war das Gebäude gerichtet und nun konnte er nicht mehr so viele Maurer gebrauchen, weshalb er gezwungen gewesen sei, acht oder neun Mann, darunter die beiden Angeklagten Domke und Lebbe, aufzulassen, um dieselben am nächsten Tage, Sonntag, zu entlassen. Bei der Lohnzahlung habe Domke Streit mit ihm begonnen, weil er angeblich zu wenig Lohn erhalten hätte. Domke habe den Arbeitslohn zurückgewiesen mit der Bemerkung, da nehme er lieber gar nichts. Als er, Heinsdorff,

gefragt habe, dann solle er sich den Lohn morgen im Komptoir holen, da habe Domke denselben zwar genommen, habe ihn aber einen Hund, einen Betrüger u. s. w. über den anderen geschimpft. Als er sich später auf dem Heimwege nach Berlin befand, seien ihm zwei Männer nachgelaufen. Er habe genau gehört, wie jene sagten: „Wenn wir den Hund kriegen, schlagen wir ihn todt.“ In den Stimmen habe er ganz genau erkannt, daß es Domke und Lebbe waren, welche die Drohung ausstießen. Deshalb sei er wieder umgekehrt und habe bei dem Inspektor des Kirchhofes Schutz gesucht, der ihn mit einem Wagen nach Berlin gefahren habe. Ganz anders stellte der Angeklagte die Sache dar. Er habe die Rüstung angehabt und dafür habe ihm der Polster 2 1/2 Pfennig pro Stunde mehr Lohn versprochen. Trotz aller Mahnungen habe er diesen Mehrverdienst nicht erhalten, Heinsdorff habe ihn von einem Lohntage zum anderen hingezogen. Am 5. November habe der Polster gesagt, die und die Leute sollten aufpassen. Sie hätten aber demselben erwidert: „Aus-sehen giebt es jetzt um diese Zeit nicht mehr, da verlangen wir einfach unsere Entlassung!“ Am nächsten Tage hätte er mit den anderen den Lohn geholt, und da er den versprochenen Mehrverdienst auch bei der Abholung nicht erhielt, da habe er gesagt, betrügen lasse er sich nicht. Uebrigens sei er dabei angetrunken gewesen. Nachgelaufen sei er dem Polster nicht. Er sei mit einem Kameraden noch während der Lohn-zahlung in ein anderes Lokal gegangen, nachdem er sich ganz im guten von Heinsdorff verabschiedet hatte, und als er zurückkam, sei Heinsdorff schon fort gewesen. Diese Darstellung des Angeklagten wurde von allen weiteren Zeugen unterstützt, so daß der Gerichtshof dem Verteidiger Rechtsanwalt Herzfeld darin beitrug, daß von einer Bedrohung nicht die Rede sein könne, der Polster müsse sich zweifellos in der Vertheidigung haben. Nur wegen der Beleidigung wurde Domke verurtheilt, doch auch diese sah der Gerichtshof nicht sonderlich tragisch an, denn das Urtheil lautete nur auf 10 M. Geld-strafe.

### Soziales.

**Ozean-Weitfahrten.** Die in Bremerhaven erscheinende „Nord-deutsche Volksstimme“ schreibt: „Eine Ozean-Weitfahrt, diesmal glücklicherweise ohne böse Folgen, fand in diesen Tagen zwischen dem englischen White-Star-Dampfer „Teutonic“ und dem belannten Schnelldampfer „Kaiser Friedrich“ des Norddeutschen Lloyd statt. Am Sonntag, den 10. d. M., kam auf der „Teutonic“ der deutsche Dampfer mit circa 15 Seemannen Vorprung in Sicht und sofort begann der Engländer seinen Kessel zu heizen, soweit es ging, um die früher namentlich auf dem Mississippi so beliebt gewesene Jagd zu beginnen. Als die „Teutonic“ sich rasch näherte, erkannte man auf dem „Kaiser Friedrich“ die Abfahrt des englischen Konkurrenten, und nahm den Feindhandschuh sofort auf. Seitdem rasten die beiden Dampfer immer in Sicht hintereinander her, wobei sich auf beiden Schiffen ein regelrechter Wettkampf entwickelte. Namentlich die Engländer wetteten hohe Beträge auf die „Teutonic“ und verloren sie, denn der deutsche Dampfer kam am 14. Min. früher als die „Teutonic“ am 19. d. M. in Newyork an. Wir müssen derartige unsinnige Weit-fahrten, welche nur zu leicht eine Katastrophe zur Folge haben können, auf das entschiedenste mißbilligen. Von einem Wettkampf der Meereisen bezüg-lich Aufbesserung der Feuerkraft wäre uns bedeutend lieber zu hören.“ Soweit die „Norddeutsche Volksstimme“. Sie erscheint in einer Seefahrt und hat daher von der Meinung der Seelente selbst-verständlich genaue Kenntnis. Was sie sagt, wird aber, mit An-nahme der an Wettkämpfen interessirten Rheder und Kapitäne, wohl jedermann unterschreiben. Was hat es für einen Nutzen, die Fahrt so fortzusetzen, daß innerhalb dreier Tage ein „Reford“ von ganzen 40 Minuten erreicht wird? Diese Art Befriedigung des Ehrgeizes der Rheder und Kapitäne kann unter Umständen hunderten von Menschen das Leben kosten. Mag man gegen den Unfug beizeiten einschreiten, ehe er sich in der deutschen Marine einbürgert.

**Arbeiter-Mißth.** Auf dem Bau der Zementfabrik „Teutonia“ in dem Dorfe Ribburg bei Hannover wurde der Arbeiter Friedel von einem großen Schwungrad erfaßt und auf der Stelle getödtet. Wie der „Volkswille“ mittheilt, ist das nun schon der dritte Arbeiter, der beim Bau dieser Fabrik sein Leben eingebüßt hat. Außerdem haben eine Anzahl Arbeiter Verletzungen erlitten. Danach scheint es um den Arbeiterkampf auf jenem Bau außergerichtlich schlecht zu stehen.

**Im dem Braunhollenwerke Reulichen.** Währa bei Vorna in Sachsen kam der Oberhauer Stölgner durch einen Unfall bei der Förderung auf der unterirdischen Seilbahn ums Leben.

**Ausdehnung des Großbetriebes in Mannheim.** Der die Gewerbestatistik der deutschen Großstädte nach der Fählung vom Sommer 1898 behandelnde neueste Band der Statistik des Deutschen Reiches gestattet eine Vergleichung mit den von Mannheim städtischen statistischen Amt im Dezember vorigen Jahres veröffentlichten Ergebnissen. Zur Fählungszeit bestanden in Mannheim 14 Be-

triebe mit je über 200 darin beschäftigten, zusammen mit 5797 Personen. Damit übertrifft Mannheim 13 von den 28 sämtlich größeren Städten Deutschlands, darunter auch die Nachbarstädte Frankfurt, Stuttgart und Straßburg. Hinsichtlich der Gesamtzahl der in Motorenbetrieben verwendeten Pferdestärken steht Mannheim mit 15 202 sogar schon an siebenter Stelle und läßt selbst drei- bis viermal so große Städte wie München, Dresden und Breslau, theilweise erheblich hinter sich zurück. Im Vergleich zur Bevölkerung d. h. bei Berechnung der auf einen Einwohner kommenden Pferdestärken der Motorenbetriebe wird Mannheim überhaupt nur noch von Dortmund übertroffen und würde bei Einrechnung von Käfertal-Waldhof und Redarau wahrscheinlich sogar an die erste Stelle rücken.

### Versammlungen.

**Friedrichshagen.** Am 20. Oktober erstattete Genosse Geisberg den hiesigen Parteigenossen Bericht vom Stuttgarter Parteitag. Dem ca. 1/2 stündigen Vortrage folgte eine längere Diskussion, worauf der Bericht des Vertrauensmannes C. Grau folgte. Danach betragen die Einnahmen infolge eines Bestandes von 81,50 M. 1090,40 M., denen an Ausgaben 1108,10 M. gegenüberstehen. Am Orte wurden vier Versammlungen abgehalten, ebensoviel in den zum Bezirk gehörigen Ortschaften. Die Geschäfte des Vertrauensmannes wurden wieder dem Genossen Grau übertragen. Zu Revisoren wurden Paul Hübner, Goll-hütter und Mertens, und in die Lokalkommissionen Hübner, Mertens und Rose gewählt. Ferner beauftragte die Versammlung den Vertrauensmann in der nächsten Kreisversammlung den Antrag zu stellen, für die Zukunft statt der bisher üblichen Kreis-Versammlungen Kreis-Konferenzen abzuhalten, zu denen jeder Bezirk Delegirte zu entsenden hat. Zum Schluß beschäftigte sich die Versammlung mit Gemeinde-Angelegenheiten.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Luisenhof, Sudowstr. 9, II. Donnerstag: Gesetzstunde. Privatprose, Handelsrecht, insbesondere das neue Recht der Handlungsgehilfen, Strafrecht, Strafprozedur, ev. Gewerbrecht. Vortragender: Rechtsanwält Roth. Beginn der Vorlesungen pünktlich um 9 Uhr abends bis 10 1/2 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an den Unterrichtsabend von 8 bis 9 Uhr geöffnet. Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf., Unterrichtsgebühren nach und nach (je nach Abende) 1 M. Alle Buchführer sind an den Vorlesungen Hermann Lamme, Tempelhof-Berlin, Berlinerstr. 36, Gebildungen an den Kassirer O. Königs, Berlin S. 59, Tiefendammstr. 20, zu senden. Der Vorstand.

**Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands.** Mitgliedschaft Berlin. Heute abends 7 1/2 Uhr bei Schiller, Fiolentholerstr. 57: Bedeutende Generalversammlung. Vortrag, Geschäfts- und Kassenbericht, Verschiedenes. Gäste willkommen.

### Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde** wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.  
R. G. 66. Zum Studium können Sie nur gelangen, nachdem Sie ein Examen bestanden haben. Gymnasial-Vorbildung ist nicht unbedingt nöthig, allein ohne ein Examen kann man nicht auf Polytechnikum kommen. Um eine präzisere Antwort zu haben, müssen Sie uns genau angeben, welche Laufbahn Sie im Auge haben.  
**Gustav Küster.** Brieflich können wir keine Auskunft geben. Sie können der freien Hilfslosse der Maurer beitreten. Bureau: Altona, Friedrichsbergstr. 28.  
**Redaktion.** Wir haben keinerlei Einblick in die Vermögensverhältnisse der beiden von Ihnen genannten Genossenschaften.  
**H. R. Müllerstr.** Gehört in seinem ganzen Umfang zum zweiten Landtags-Wahlkreis.  
71. Reim.  
R. S. 28. Wenden Sie sich an die Postzeit. — P. G. Reim.  
— G. V. 100. Folgen Sie die Abonnementkassentafel bei — M. G. Richten Sie Antrag an die Anwaltskanzlei Klosterstr. 42. — Zehringstr. 105. Können Sie durch die Postzeit schicken, daß das Wabnen gesundheitsgefährlich ist. — 10 000. Magistrat. — W. G. 777. Riekerstr. 42. — R. G. 76. Zunächst Beschwerde an den Landrat. — C. S. 111. Ohne Kenntnis des Aktenmaterials läßt sich die Frage nicht beantworten. — G. und S. 1. Ja. 2. Die mündliche Abrede ist an sich gültig, aber zu unbestimmt, als daß Sie daraus Rechte herleiten können. Sie müssen dem Gegner den Eid über die Abrede zuschicken. — D. 148. Ist nicht in allen Fällen gleich, sondern richtet sich nach der Gesamtsumme der Steuern in jedem einzelnen Urwahlbezirk. 2. Dritte Klasse.

### Witterungsüberblick vom 2. November 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Wolken-höhe	Wetter	Temp. u. d. Luft in °C	Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Wolken-höhe	Wetter	Temp. u. d. Luft in °C
Swinemünde	766	SW	1	Rebel	3	Japaranda	759	NO	2	bedekt	-3
Hamburg	760	S	2	Rebel	4	Petersburg	751	WSW	6	Regen	14
Berlin	768	SE	1	Rebel	5	Port	758	SW	6	bedekt	12
Birdsboden	768	SW	1	wolkig	3	Adersb.	758	SW	6	bedekt	12
München	768	SW	2	bedekt	7	Paris	767	SW	1	Rebel	0
Wien	763	SW	3	Regen	14						

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 3. November 1898.**  
Zeitweise unruhig, vielfach heiter bei mäßigen südlichen Winden und beträchtlich steigender Temperatur; keine oder unerschliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

**Moabit. VI. Wahlkreis. Moabit.**  
Donnerstag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr:  
**Volks-Versammlung**  
im großen Saale des Moabiter Gesellschaftshauses, Al-Moabit 30/31.  
Tages-Ordnung:  
**Die Sozialdemokratie und die internationale Reaktion.**  
Referent: **Wilhelm Liebknecht.**  
Die Vertrauensperson.  
**Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes.**  
Freitag, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr,  
im Saale der Arminhallen, Kommandantenstraße 20:  
**General-Versammlung**  
der Vertreter der Kassennmitglieder und Arbeitgeber.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes.  
2. Definitive Genehmigung des mit dem Verein der freigestellten Kassengänge abgeschlossenen Vertrages pro 1899.  
3. Ergänzungswahl zum Vorstande 1899/1900 für die ausstehenden Mitglieder a) von den Arbeitgebern die Herren: Wittich und Schmidt; b) von den Kassennmitgliedern die Herren: Daehne, Trill, Eimanowski, Klaus und Buchholz; ferner für den pro 1898 gewählten Herrn Vehmptahl.  
4. Wahl des Rechnungs-Ausschusses.  
5. Änderung des in der Generalversammlung vom 8. April 1897 beschlossenen Antrages zu § 15 des Statuts.  
6. Änderung des § 55 des Statuts, Streichung der Worte: „wenn zwei Drittel der Anwesenden dafür sind, oder“.  
7. Zusatz zu § 50, Artikel 13:  
„Beschlüsse über Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundeigentum, sowie über eine hierdurch bedingte Aufnahme von Darlehen.“  
Der Beschluß der Generalversammlung bedarf in den unter Ziffer 13 genannten Fällen zu seiner Rechtsgültigkeit die Zustimmung der Kassennmitglieder.  
Berlin, den 1. November 1898. 20106  
Der Vorstand.  
A. Daehne, Vorsitzender. A. Kelpin, Schriftführer.

**5. Wahlkreis.**  
**Oeffentl. Parteiverammlung**  
am Donnerstag, den 3. November 1898, abends 8 1/2 Uhr.  
im Saale des alten Schützenhauses, Viniensstr. 5  
Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht des Delegirten vom Stuttgarter Parteitag. 217/13  
2. Beschlußes. 217/13  
Schriftliche Erklärungen erwarten Die Vertrauenspersonen.  
**Freie Volksbühne.**  
I. Abtheilung: Sonntag, den 6. November, im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater:  
**Liebelei** Schauspiel in 3 Akten von Arthur Schnitzler.  
**Lumpenbagasch** Schauspiel in 1 Akt von Dr. Paul Ernst.  
2. Abtheilung 13. November, 3. Abtheilung 27. November, Am 20. November (Totensonntag) ist keine Vorstellung.  
Mittwoch, den 16. Nov. (Busstg), abends 7 Uhr, nur für Mitglieder: Grosser Projektionsvortrag „Um die Erde von Pol zu Pol“ mit 200 Lichtbildern. Vortragender Herr Dr. Wilhelm Meyer. Marken à 25 Pfennig sind in allen Zahlstellen zu haben. 230/19  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Gustav Ehrlich**  
Buchdrucker, Berlin SW., Zimmerstraße 18. Hofpartier.  
Liefert sämtliche Drucksachen für Vereine, Schulen u. Privatvertrieb. Zeit-schriften, Broschüren und Flugblätter äußerst billig. 36/5  
**Dr. med. Schaper,** prakt. Homöopath, Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Genu-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-5. Schöneberger Ufer 25.  
**Homöopath. Poliklinik:** Montag, Mittwoch, Sonnab. Ad. 7-8. Friedrichstraße 114, I.

**Zentral-Verein der Former**  
und Berufsgenossen. (Zahlstelle Berlin.)  
Sonnabend, den 5. November cr., im Kolberger Salon, Kolbergerstrasse 23:  
**6. Stiftungsfest.**  
Billet 30 Pf. Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang 8 Uhr. Ende ?? 61/9

**Arbeitsmarkt.**  
**Achtung, Holzarbeiter!**  
Bei der Firma **Fork, Kretschmar & Co.** Barnimstr. 13, (Magazin Jantamigbrüder), sowie bei **Heydeck, Grundstr. 35,** haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. **Zuzug erhalten!** 143/1  
Die Krisenverwaltung.

**Orts-Krankenkasse der Buchbinder zc.**  
Zum 1. Januar 1899 ist die Stelle des Kassennanten zu besetzen. Die An-nahme erfolgt auf Grund des § 56 des Statuts. Erforderlich ist eine Kaution von 600 M. Das Gehalt beträgt 1800 M. jährlich.  
Ebenfalls ist die Stelle des Kassenn-Kontrollanten zu besetzen. Diefes Gehalt beträgt auf Grund des § 57 des Statuts. Gehalt wöchentlich 37 M.  
Selbstgeschriebene Offerten sind bis zum 12. d. M. an den Vorsitzenden **Bernh. Joch, Blumenstr. 61, 2 Tr.,** zu richten. Nur Kassennmitglieder sind wählbar. (25/18) Der Vorstand.  
**Hilfsarbeiter an Notationsmaschine**  
In eine süddeutsche Stadt gesucht. Nur solche, welche schon längere Zeit als Hilfsarbeiter an Notationsmaschine gearbeitet haben, wollen sich melden. In der Stereotypie benachrichtert erhalten den Vorzug. Offerten unter **H. 7.** an die Expedition d. Bl. (\*)  
**Engen u. Franzosenarbeiterin** verlangt sofort Louis Knopfmacher, 30005 Stralauerstr. 56.  
Ein erster Schriftführer, ferner ein Bildhauer gef. Nicolai, Alsterstraße. **Geldleihen, Belegerrinnen** def. Rottbuser Damm 100. [20035]

**Billard-Bälle Ferd. Diedrich, Artikel Dresdenstr. 109.**

**Möbel,** baar u. Theilzahlung, billigst. Frankfurt a. M. 110 1, Gde Königsbergerstr.



Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Donnerstag, 3. November.  
Cyperhand. Robert der Teufel.  
Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite.  
Neues Opern-Theater (Kron).  
Deutsches. Johannes.  
Berliner. Das Erste.  
Kessing. Im weißen Höschen.  
Residenz. Der Herr Sekretär.  
Weien. Johann von Paris.  
Neues. Hofmann.  
Metropol. Das Paradies der Frauen.  
Central. Die Geisha.  
Thalia. Unter kühnem Berlin.  
Luisen. Jodo's Streiche.  
Csend. Der Jongleur.  
Volk. Alliance.  
Friedrich. Wilhelmstädter.  
Alexandervplatz. Jugendstunden.  
Parodie. Jugend.  
Urania. Zandstraße 18-19.  
Jugendstrasse 57/58.  
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Fenu. Palast.  
Vahage. Panoptikum.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Donnerstag:  
Lumpengefindel.  
Freitag:  
Mauerblümchen.  
Sonabend:  
Lumpengefindel.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73.  
Letzte Woche!  
Unser lustiges Berlin.  
Grosse Gesangsposse in 4 Akten.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Dienstag, den 8. November: Zum 1. Male: Der Hypothekenschneider.  
Gefangsposse in 3 Akten von Leopold Erb.  
Dienstag-Carl-Weiß-Theater.  
Gr. Franzfurterstr. 132.  
Der Jongleur.  
Posse mit Gesang in 5 Akten.  
Vorabend: Dieselbe Vorstellung.  
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert.  
Freitag: Robert und Vertram.  
Sonabend: Nean. Sonntag Nachmittags: Robert und Vertram.  
Abend: Räthchen von Hellbronn.  
Efter Bed a. G. Montag: Schlussspiel. Dve.  
In Vorbereitung: Cakel Jonad.  
Hilfsstück mit Gesang in 5 Akten von Oscar Klein.

**Eisen-Theater**  
31. Reichsbergerstrasse 31.  
Abends 8 Uhr:  
Joko's Streiche.  
Drei Akte in 3 Akten n. d. Englischen des James Carlisle von W. Balth.  
Jodo: Paul Herbig.  
Mit sensationellem Vortrage aufgeführt im Apollo-Theater in Rürnberg und im Volks-Theater in München.  
Vorher: Der dritte Kopf.  
Posse in 1 Akt von Franz Wallner.  
Freitag:  
Die Schuld der Schuldlosen.  
Schüler-Vorstellung.  
W. Noack's Theater  
Brannenstr. 16.  
Heute Donnerstag, den 3. November:  
Lumpazivagabundus,  
oder: Das Hederliche Aleeblatt.  
Gauderposse mit Gesang in 3 Akten von Johann Nestor.  
Nach der Vorstellung: Tanzkränzen.  
Morgen Freitag:  
Lumpazivagabundus.

**Urania**  
Taubenstrasse 48/49.  
Abwechslungsweise  
Die Urzeit der Menschen  
und  
Quer durch Oesterreich.  
Invalidenstr. 57/58:  
Tägl. Sternwarte.  
Taubenstrasse im Hörsaal:  
Experim. u. Projekt.-Vorträge

**Kunst-Schaubühne**  
i. d. Urania, Invalidenstr. 57.  
Sonntag, den 6. 11., 5 Uhr:  
Eine Wanderung durch  
Pompeji.  
Ermässigte Preise.  
Parkett 0,50 Pf., Stuhlpl. 30 Pf.

**Passage-Panopticum.**  
Geöffnet von 9 Uhr früh bis  
10 Uhr abends.  
Im Theatersaal  
von 6 Uhr ab:  
Théâtre  
variété.  
Neu!  
Lebendig!  
Der  
Storch-  
mensch!

**Castan's  
Panopticum.**  
Neu!! Neu!!  
Lebendig  
begraben!!

**Central-Theater**  
Direktion: José Foranczy.  
Die Geisha  
oder: Eine japanische Theater-  
Geschichte.  
Operette in 3 Akten v. Edwin Jones.  
Morgen und die folgenden Tage:  
Die Geisha. - Sonntag, nachm.  
3 Uhr: Gasparone. Operette in drei  
Akten von Willkür.

**Olympia-  
Theater.**  
(Circus Renz) Karlstrasse.  
Täglich 8 Uhr abends:  
Berliner  
Ausstattungsstück  
mit  
Couplets.  
Aufsagen  
und  
Kolossal-Valetts  
in 3 Akten (10 Bildern).  
Sonntag Nachmittag  
3 1/2 Uhr:  
Dieselbe Vorstellung.  
1 Kind frei.

**Circus Renz-Riesen-Tunnel.**  
Direktion: J. M. Hädt.  
Täglich: Grosses Konzert  
der Handspiele unter Leitung des  
Musikdirektors Herrn Otto Ödner und  
Extra  
Spezialitäten-Vorstellung  
unter Regie des beliebigen Humoristen  
Gustav Kluck.  
Das neue großartige November-  
Programm.  
Anf. Wochen. 6 1/2 Uhr, Sonn. 6 Uhr.  
Entrée Wochen. 10 Pf., Sonn. 30 Pf.

**Circus  
BUSCH**  
Donnerstag, 3. November 1898,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Parforce-Vorstellung  
bestehend aus 30 Nummern,  
den besten des Repertoires. Außerdem  
Auftritt des Herrn Franz Geb-  
hardt, Ritter v. p., bisher Chef der  
L. L. spanischen Hofkapelle in Wien  
auf dem sprechenden Reig "Bartolo"  
(in kurzer Zeit dreifach). Zusammen-  
kunft der Blumen, großes Ballet-  
Diversifement. Anfang sämtlicher  
Reiertypen in prachtvoller Ausstattung.  
Die neuen Freizeitschreibern des Dr.  
Büch. Karsten der neu engagierten  
Reitkünstlerinnen und Künstler als  
Clowns und Augste.  
Morgen Freitag, abends 7 1/2 Uhr:  
Humoristische Vorstellung. - Sonntag,  
den 6. November, nachmittags 4 Uhr,  
(1 Kind unter 10 Jahren frei, weitere  
Kinder unter 10 Jahren zahlen auf  
allein halbe Preise). Auf be-  
sonderen Wunsch: Anfang sämtlicher  
Reiertypen in prachtvoller Ausstattung.

**Apollo-Theater.**  
Direktion: E. Waldmann.  
Arman d'Ary  
die berühmte Pariser  
Operetten-Diva.  
Familie Agoust.  
Mr. Judges  
Dressirte Seelöwen.  
Sign. Pietro Basalari,  
der phänomenale Doppel-Sänger,  
14 Debuts.  
Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.  
Stettiner Sänger**  
(Meyer,  
Wetter, Britton,  
Steidl, Kronz,  
Möbi, Schneider  
und Schrader.)  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Tageskasse von 11-1 Uhr.  
Zum Schluss:  
Vor 25 Jahren.  
Ensemble von Meyer.

**Reichshallen Restaurant.**  
Täglich:  
Konzert des 24 Mann starken  
Reichshallen-Orchesters.  
Dirigent: Max Schmidt.  
Entrée frei.  
**Volks-Theater  
im Welt-Restaurant**  
Dresdener-Strasse 97.  
Dir: A. Kolig. Mit. Vetter: A. Runge.  
Robit! Einfalt! Robit!  
Weibliche Refruten.  
Operetten: Burleske von F. Kühner.  
Musik von H. Behr. In Szene gesetzt  
von August Runge.  
Miesener! Inbilde! Belfall!  
Bei Wertheim's.  
Neu! Mr. William Barry. Neu!  
Original-Regen-Clown.  
Urkommis! Zum Todfischen!

**Alcazar-Theater**  
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.  
Direktion: Richard Wulfer.  
Mittelschlich  
unter Mitwirkung Jubel:  
Das Wurstmädchen  
von Aschinger.  
Bild aus dem Berliner Leben  
von W. Richard. Musik von  
Oskar Sidor-Roeder. In Szene  
gesetzt von Otto Wendt.  
Auf allgemeines Verlangen:  
Die Wenzel.  
Schwank in 1 Akt von G. Heisch.  
Welterauftreten des  
neuenartigen Künstler- und  
Spezialitäten-Perionals.  
Anfang: Wochen. 7 1/2 Uhr.  
Sonntag: 6 Uhr.  
Wochentags 30 Pf.  
Sonntag: 40 Pf.  
Vorabend: 40 Pf.  
Vorabend: 40 Pf.

**Feen-Palast-  
Theater**  
Burgstr. 22. Burgstr. 22.  
Direktion: Winkler und Fröbel.  
Neues November-Programm.  
Rosen von Norden.  
Grosse Ausstattungsposse  
von B. Gerde.  
Theodor Görner. A. Winkler.  
Patty Grant. Akrobaten-  
truppe. - Dora Marquetti,  
Gambolitän.  
Wilhelm Fröbel,  
der unverwundliche Humorist.  
Pa Fa, akrobatische Clown.  
Gebr. Niagara,  
Hand- und Tanz-Turner.  
Toska's lebend. Bilder-Gallerie,  
danz. v. 8 Damen-Schönheiten.  
Helene Boh - Mädeln -  
Gross Sprecher.  
Anfang 7 1/2, Dehnung 6 1/2 Uhr.  
Vorverkauf Bonn. v. 11-1 Uhr.

**Concerthaus.**  
Leipzigerstr. No. 48.  
Täglich:  
Hoffmann's Quartett  
und Humoristen.  
Zum Schluss die Operette  
von Jacques Offenbach:  
Inzel Tulipatan.  
Die Handlung spielt 3000 Meilen von  
Hantense, 150 Jahre vor Gründung  
der Belgierden mit Dampfmaschine.  
Für die Wochentage werden Vereind-  
billets mit erheblicher Preisermäh-  
igung ausgegeben und können von den  
geliebtesten Vereindvorsänden so len-  
los im Bureau des Konzerthaus  
entgegengenommen werden.  
Warne hiermit leben, meiner Frau  
auf meinen Namen etwas zu bringen.  
2014b) Rich. Post, Pappel-Allee 40, I.

**Grosses Winterfest**  
am Sonnabend, den 5. November,  
arrangirt von den Genossinnen Berlins  
in der Brauerei Friedrichshain (früher Lipp's).  
**Vokal- u. Instrumental-Konzert.**  
Die Musik wird ausgeführt vom Berliner Konzert-Orchester unter Leitung seines Dirigenten Herrn G. Groß.  
Prolog, vorgetragen von Fräulein Ida Altmann.  
Gesangsvorträge des Gesangvereins „Widerhall“ (v. d. L. S. S.)  
Turnerische Aufführungen (Marmorgruppen)  
Griechische Jünglinge beim Spiel, in 10 Bildern, ausgeführt von Wittl. d. Turnvereins Nichte.  
Nachdem: **BALL.**  
Herrn, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach. 2/8  
Billets à 25 Pf. sind in allen bekannten Lokalen und bei folgenden Personen zu haben: Frau  
Bausche, Rostoderstr. 47, St. 2 Tr.; Frau Seeger, Gerichterstr. 48, v. l. R.; Frau Rosenreter,  
Kohlenstr. 27, d. 3 Tr.; Frau Anna Reich, Pochenerstr. 3, v. 4 Tr.; Frau K. Schneider, Köpcke-  
str. 29, v. 1 Tr.; Frau K. Reich, Köpcke-Str. 81, Querweg 4 Tr.; Fr. O. Hauber, Straubbergerstr. 28, v. 4 Tr.;  
Frau Jung, Gräferstr. 6, d. 1 Tr.; Frau Aug. Kullamerstr. 7, v. l. R.; Frau Sprung, Mariannen-  
str. 7, d. 4 Tr. Programme an der Kasse gratis.

**Jede Konkurrenz übertreffend**  
Hier ist diese Woche in prima frischer Qualität:  
**Lebende Hechte** .. pro Pfund 60-70 Pf.  
Karpfen .. " 70-80 "  
Zander, feinste gelbe .. " 40-50 "  
Schellfisch .. " 20-25 "  
Sablau .. " 15-25 "  
Seelachs .. " 15 "  
Bratjshollen (Flundern) .. " 20 "  
Kothzungen (Carpas für Seegungen) .. " 30-35 "  
Sis-Karpfen .. " 40-50 "  
" Hechte .. " 40-50 "  
" Barjage .. " 40 "  
Alle anderen Fluss- und Seefischarten  
zu Ausnahmepreisen.  
**16 Dragoner-Strasse 16.**  
Otto Gundermann.

**Neun-Rosetten-Sicherheits-Portemonnaie**  
Nachdruck verboten!  
Wer seine Kasse gegen die Constatte Falschvermer schützen will, lasse sich von dem  
Herrn F. W. Saam & Co., Solingen-Foche das berühmte  
Neun-Rosetten-Sicherheits-Portemonnaie

**Mähr's Theater**  
Crantenstr. 21.  
Täglich  
Spezialitäten- und Theater-  
Vorstellung.  
O diese Madler!  
Burleske.  
Clown Blambo. Alle. Rosa.  
Elder v. Metz. Little Willy.  
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr.  
Sonntag 6 Uhr.  
Bonds haben Wochentags Willkür.  
**Fest-Säle**  
Sonnabende im November  
und Dezember noch frei.  
72. Kommandantenstr. 72.  
Neues Club-Haus.  
**Flora-Säle**  
Berth. Niesl, 17. Weberstr. 17.  
1000 Pers. fassend. Bolln. neu einger.  
Sonnabende, 26. Nov., 17. Dez., 1. u.  
2. Weihnachts-Fest.: Vorm. Matinée frei!

**Luise's Nähtisches Klubhaus,**  
Annenstrasse 16.  
Bolln. renovierte Säle u. Vereins-  
zimmer. Sonnabende 10 u. 20. Nov.,  
3., 10. u. 17. Dez., 1. u. 8. Weihn-  
festtag, 7., 14. u. 21. Jan., 4. u.  
25. Febr., 4., 11., 18. u. 25. März  
noch frei. 1898  
**Speisehaus**  
Rungelstrasse 19. Parterre.  
Kräftiger Mittagstisch u. Bier 0,50.  
Reichhaltige Küche zu kleinen Preisen.  
Separates Vereinszimmer zu verm.  
2012b) Schneider, Grüner Weg 110.

**Warum verdient die Privat-Bahn-  
Reise nach Berlin?**  
Kaufschreiben! ? 5% Rabatt!  
Weil sie auch weniger Bemittelten  
pro Woche 1 W. schmerzlos einleitet.  
Spezialität: Behandlung engl-  
licher und emobin-  
licher Personen.  
Kaufschreiben! ! 5% Rabatt!  
Weil sie auch weniger Bemittelten  
pro Woche 1 W. schmerzlos einleitet.  
Spezialität: Behandlung engl-  
licher und emobin-  
licher Personen.  
Kaufschreiben! ! 5% Rabatt!  
Weil sie auch weniger Bemittelten  
pro Woche 1 W. schmerzlos einleitet.  
Spezialität: Behandlung engl-  
licher und emobin-  
licher Personen.

**Zither-Musikalien.**  
Kataloge gratis und franco.  
Robert Wächter, Hamburg.  
**Berliner Ressource**  
57. Kommandantenstrasse 57.  
Sonntag, 4. u. 11. Dezember,  
1. Weihnachtstfesttag noch zu  
vergeben.  
Tel. Amt IV. 9675. 2012b

**Sie**  
wünschen zu wissen, wie es mög-  
lich ist, das Gustav Lucke so  
billig verkaufen kann? Durch  
Einkauf von grossen Mengen auf  
Auktionen und von Konkurs-  
massen  
verkauft ich von heute ab:  
Hochelegante Winter-Vallets  
von 9 W. 50 Pf. an.  
Hohenzollern- und Berliner-  
Mäntel von 5 W. 25 Pf. an.  
Kaiser-Mäntel und Toppen von  
6 W. 75 Pf. an.  
Hochfeine Rock- und Jaquet-  
Anzüge von 12 W. 50 Pf. an,  
Herrn-Hosen von 2 W. 75 Pf. an.  
Leder- u. Arbeitsböden zu 2,35 W.  
Bücher- und Knaben-Vallets.  
Herrn-Jaquetts, Westen u. Röcke  
in allen Größen, Knaben- und  
Bücher-Anzüge, Hüte, Schirme,  
Stühle, Mädel, Stiefel, Koffer,  
Cyanoläser, Kessel, Revolver,  
Lehning, Stockstücken, Garmo-  
nikas, Geigen, Zithern, Reih-  
zeuge, Regulatoren, Uhren,  
Ketten, Ringe u. s. w.  
zu spottbilligen Preisen.  
**Gustav Lucke,**  
Waarenhaus,  
Berlin, 131 Dranienstr. 131.

**Großer  
Möbelverkauf**  
Crantenstrasse 73, an der Kom-  
mandantenstrasse (früher Schönebergstr. 73),  
in meinem vier Etagen hohen Fabrik-  
gebäude, großes Möbel-Spezialgeschäft  
für kleine und mittlere Wohnungs-  
Einrichtungen. Brautleute, welche eine  
dauerhafte und billige Einrichtung  
kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden  
Kaufzwang mein kolossales Lager vor  
Einkauf zu beichtigen. Verlangen Sie  
mein Kautschuk gratis und franco.  
Durch grössere Käufereinkäufe und  
Ersparung der theuren Admmitte  
bin ich in stande, höchste und  
geschmackvolle Wohnungseinrichtungen  
schon für 100, 200, 300-400 Mark,  
hochelegante von 500-5000 Mark zu  
liefern. Fertige Wohnzimmer zum  
Ansch. Wohnungsübernahme auf  
Theilzahlung unter den kaulantesten  
Bedingungen. Rentner ohne An-  
zahlung. Eigene Tapezier- und De-  
korateurwerkstatt. Brautleute erhalten  
höchstes Luxus-Möbelstück als Zugabe.  
Kleiderständer 18, Waschtiseltisch 7,50,  
Kleiderständer 18, Kommode 15, Spiegel 7,  
Küchenschleierständer 35, Sopha 25,  
Hochstuhl mit Watze 18 W. Ruh-  
baum u. Mahagoni furnirte Kleider-  
schublen, Vertikow 32 W., Kuchel-  
schleier 18, Kommode 15, Spiegel 7,  
Bücherständer mit Satteltischen 75,  
Dressenschrank 45, reichgezierter  
Bücher 100 W. Zu ganz billigen  
Preisen werden die grossen Vorräthe  
vertieft gewissener, zum theil sehr  
wenig benutzter Möbel verkauft, dar-  
unter ganze Speisezimmer, Salons  
und Schlafzimmer. Täglich Eingang  
gebrauchter, einfacher u. feiner Möbel.  
Befandte Möbel werden 3 Monate  
kostenfrei ausverkauft, durch eigene  
Verkaufe in die Wohnung gebracht  
und aufgestellt, auch ausverkauft.  
**Hirschfleisch** 25,30, 40, 50 Pf. u. 80,  
Hühn. 70 u. 80.  
**Oderbrucher Gänse** 50 u. 55.  
Gänsefleisch pfundweise, Gänse, Hühner,  
Tauben billig. Kaninchen 70 Pf.  
A. Ritschl, Dresdenerstrasse 61.



